

Die Entwicklung des russischen Demokratieverständnisses 2008-2012: Gab es einen demokratischen Aufbruch?

Hale, Henry E.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hale, H. E. (2012). Die Entwicklung des russischen Demokratieverständnisses 2008-2012: Gab es einen demokratischen Aufbruch? *Russland-Analysen*, 243, 2-4. <https://doi.org/10.31205/RA.243.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS UND POLITISCHE KULTUR AKTUELLE POLITISCHE ENTWICKLUNGEN

■ ANALYSE		
Die Entwicklung des russischen Demokratieverständnisses 2008–2012		2
Von Henry E. Hale, Washington		
■ UMFRAGE		
Demokratie oder starker Staat		5
■ ANALYSE		
Öffentliche Unterstützung für Demokratie und Autokratie in Russland		7
Von Ellen Carnaghan, Saint Louis		
■ UMFRAGE		
Demokratiekonzepte		11
■ DOKUMENTATION		
Der Prozess gegen die Punk-Band Pussy Riot		15
Chronik zum Pussy Riot-Prozess		15
■ PRESSESTIMMEN		
Zum Pussy Riot-Prozess		16
■ UMFRAGE		
Die Haltung der russischen Bevölkerung zum Pussy Riot-Prozess		18
■ DOKUMENTATION		
Der Fall Gudkow		20
■ PRESSESTIMMEN		
Zum Fall Gudkow		21
■ DOKUMENTATION		
Chronik der Massendemonstrationen		22
■ CHRONIK		
Vom 20. August bis zum 20. September 2012		23

Die Entwicklung des russischen Demokratieverständnisses 2008–2012. Gab es einen demokratischen Aufbruch?

Von Henry E. Hale, Washington

Zusammenfassung

Aufgrund der überraschend ausgebrochenen größten Demonstrationen der Wladimir Putin-Ära, welche einen Protest gegen die weitgehend als Betrug wahrgenommenen Duma-Wahlen vom Dezember 2011 darstellten, spekulierten viele Beobachter, dass es in Russland zu einem demokratischen Aufbruch kommen könnte. Ein Vergleich der unmittelbar nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in den Jahren 2008 und 2012 in Russland durchgeführten Meinungsumfragen offenbart jedoch nur wenige Anzeichen eines solchen Aufbruchs und zeigt, dass die Unterstützung für die Demokratie gleich geblieben ist. Die Meinungsumfragen zeigen auch, dass die Idee des »Aufbruchs« unpassend sein könnte, weil die »Demokratie«, die von vielen Russen unterstützt wird, gleichzeitig mit einem »starken Anführer« vereinbar ist, der ohne »Checks and Balances« herrscht. Sie unterstützen das, was Guillermo O'Donnell bekanntermaßen eine »delegative Demokratie« nannte, in der die Menschen frei und regelmäßig Staatsoberhäupter wählen, von welchen dann erwartet wird, dass sie ihre breite Macht ohne Einschränkungen ausüben, um Probleme zu lösen und Weiterentwicklung zu fördern.

Russen und Demokratie

Lange tobte eine Debatte darüber, was die Russen über Demokratie denken. Zunächst ging man davon aus, dass Russen irgendwie kulturell bedingt autoritär sind, dass sie lange konditioniert wurden zu glauben, dass die Autokratie die optimale Regierungsform für ihr spezielles Land und dessen spezielle Menschen ist. Andere Wissenschaftler haben dieses Argument angefochten, es als kulturellen Determinismus verurteilt, der die Menschen wesentlich dafür verantwortlich erachtet, dass die Regierung sie zu Opfern gemacht hat. Doch sogar diese Kritiker sind geteilter Ansicht darüber, was die Russen über Demokratie denken. Einige sehen sie als Demokraten im Herzen, die bloß nicht daran glauben, dass Demokratie gegenwärtig in Russland funktionieren kann. Andere denken an sie als »bedingte Autokraten«, an Menschen also, deren Erwartungen an die Demokratie, die den Wohlstand bringen sollte, zu hoch waren, als der Kommunismus zusammenbrach, weshalb sie in bittere Desillusionierung verfielen. Wieder andere sehen kaum Unterschiede zwischen den Russen und Menschen in anderen Ländern, die die Demokratie bevorzugen, aber bereit sind, ein bisschen Freiheit für wichtige Ziele zu opfern. Zum Beispiel den Zusammenbruch zu überwinden oder wieder ökonomisches Wachstum herzustellen. Der berühmte russische Meinungsforscher Jurij Levada äußerte bekanntermaßen den Gedanken, dass die Russen selbst durch diese Frage grundlegend verwirrt wären.

Viele dieser Ansichten können in der Tat wieder in Einklang gebracht werden, wenn man an die Russen als »delegative Demokraten« denkt. Das heißt, sie befürworten weitgehend eine Herrschaft der »starken Hand«, die sich bei der Problemlösung nicht um die Gewaltenteilung zu kümmern braucht, aber diese »Hand« wollen sie

gemeinsam bestimmen. Ich versuchte diesen Gedanken zu überprüfen, indem ich die Umfragewelle der Wahlanalyse des Russian and Eurasian Security Networks (RES) aus dem Jahre 2008 nutzte, durchgeführt unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen dieses Jahres. In einem Artikel vom Oktober 2011 in den *Europe-Asia Studies* stellte ich fest, dass eine überwältigende Mehrheit der Russen »denkt, dass Russland ein Staatsoberhaupt mit einer starken Hand braucht, um seine Probleme zu lösen« – eine Erkenntnis, die die Princeton Survey Research Associates und andere in ihren Studien als einen Indikator für die Unterstützung des Autoritarismus interpretierten. Aber die RES-Studien machten an diesem Punkt nicht Halt, sondern fragten, woher diese »starke Hand« nach Meinung der Leute kommen sollte, und es stellte sich heraus, dass bis auf 4% alle, die eine starke Hand befürworteten, dachten, dass »die Menschen das Recht haben sollten das Staatsoberhaupt zu wählen« und fast alle von ihnen (87%) dachten, dass dies durch »freie und faire Wahlen« unter »mehreren Kandidaten mit verschiedenen Ansichten« geschehen sollte.

Dies bringt die Feststellung, dass Russen sich einen machtvollen, weitgehend unabhängigen Herrscher wünschen, mit den Ergebnissen zur russischen Demokratiefassung in Einklang – sie wollen diesen Herrscher in freien und fairen Wahlen wählen, denken, dass politischer Wettbewerb den Staat stärkt und dass die Herrscher sich an die Menschenrechte halten sollten (nachzulesen in der RES-Studie aus dem Jahr 2008).

Aktuelle Umfrageerkenntnisse aus dem Jahr 2012

Infolge der massiven Protestbewegung, die im Dezember 2011 begann und bis zum heutigen Tag Zehntau-

sende auf die Straßen bringt, sagen nun viele, dass die Russen immer weniger bereit sind, Putins starke Hand zu akzeptieren sowie zunehmend in der Lage sind, die Manipulation des politischen Systems durch das Regime zu durchblicken und beharrlich Veränderung zu fordern. Einige haben vorausgesagt, dass dies in naher Zukunft sogar zum Untergang des Regimes führen wird. Sind solche Annahmen korrekt und hat es im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 eine bedeutende Änderung in der russischen Haltung zur Demokratie gegeben?

Zur Beantwortung dieser Frage können wir uns den Ergebnissen einer Umfrage zuwenden, die gerade in einer RES-Studie präsentiert wurden, die unter einer repräsentativen Auswahl von 1.683 erwachsenen Staatsbürgern der Russischen Föderation zwischen dem 1. April und dem 18. Oktober 2011 durchgeführt wurde, unmittelbar nach der Wahlperiode 2011 bis 2012, welche mit den Präsidentschaftswahlen im März beendet wurde.

Herausgegeben von der Moskauer Meinungsforscher-Gruppe, auf der Grundlage ihrer bewährten, streng akademischen Methodologie, wurde der Fragebogen von mir selbst und Timothy Colton, der seit der Gründung der RES 1995 jede Ausgabe mit durchgeführt hat, erstellt.

Unterstützung der Demokratie 2008 und 2012

Lassen Sie uns prüfen, welche Resultate es bringt, wenn die Menschen direkt gefragt werden: Stimmen Sie zu, dass Russland ein demokratisches Land sein sollte? Wie 2008 unterstützen auch 2012 ungefähr drei Viertel der Bevölkerung in Russland die Demokratie. Während die Prozentzahl der »Demokraten« 2012 (77 %) geringfügig höher ist als 2008 (74 %), ist die Anzahl der Menschen, die Demokratie ablehnen, ebenfalls gestiegen (von 12 % auf 14 %). Die Anzahl der Russen, die keine Antwort geben konnten, ist von 14 % auf 9 % gesunken. Dies weist darauf hin, dass es keinen bedeutenden Anstieg der Demokratiebefürworter gegeben hat und dass sich alles in allem die Menschen, die erst in der neusten Umfrage eine Meinung geäußert haben, genauso oft für wie gegen ein demokratisches System aussprechen.

Natürlich ist auch gut belegt, dass die genaue Wortwahl von Meinungsumfragen einen großen Einfluss auf die Antworten haben kann, die man bekommt, weshalb in der Umfrage auch einige verwandte Fragen mit unterschiedlichen Formulierungen verwendet wurden. Nur um sicherzugehen, dass der Begriff »Demokratie« die Ergebnisse nicht verfälscht, nahm das RES auch einige Fragen auf, die demokratische Einstellungen erfassen, ohne den Begriff »Demokratie« selbst zu erwähnen. Unter dem Strich offenbaren die Befunde kei-

nen starken Anstieg der Demokratiebefürwortung. In einer Demokratie-Frage gab es allerdings einen Rückgang, auch wenn die Mehrheit immer noch als »demokratisch« betrachtet werden kann. Die Zustimmung zu der Aussage »Wettbewerb unter politischen Parteien stärkt unser politisches System.« sank von 60 % im Jahr 2008 auf 53 % im Jahr 2012, während die Ablehnung von 29 % im Jahr 2008 auf 38 % 2012 anstieg.

Die Antworten auf die Frage, ob die regionalen Gouverneure gewählt werden sollten, schienen jedoch einen Aufschwung der demokratischen Einstellungen zu zeigen. 2008 unterstützten 45 % der Befragten Putin, darin diese Wahlen zu beenden, während nur 35 % sich klar für eine Beibehaltung der Wahlen aussprachen, 9 % drückten Indifferenz aus und 10 % wussten keine Antwort.

2012 stimmten 62 % zu, dass »Gouverneurswahlen wieder eingerichtet werden sollten« und nur 14 % waren dagegen. Während die geringfügig unterschiedlich gewählten Sichtweisen in der Wortwahl einen direkten Vergleich dieser Fragen kompliziert machen, zeigen die Ergebnisse insgesamt, dass immer mehr Menschen eine Wahl der regionalen Gouverneure befürworten.

Demokratie und eine starke Führungsperson

Eine andere Herangehensweise der RES-Umfragen war es, den Menschen Fragen zu verschiedenen politischen Systemen und zu deren Eignung für Russland zu stellen, ob sie also ein »sehr guter«, »eher guter«, »einigermaßen schlechter« oder »sehr schlechter« Weg wären, um Russland zu regieren. Hier finden wir, was oberflächlich betrachtet als Beleg für eine gestiegene Unterstützung der Demokratie erscheint: 2008 übertrafen diejenigen, die Demokratie allgemein als »gut« für Russland betrachteten (58 %), diejenigen, die sie als »schlechten« Weg bezeichneten (23 %), während sich 2012 die Anzahl der Demokraten auf 63 % erhöhte, wobei die Anzahl der Demokratiegegner stabil bei 23 % blieb.

Die simple »demokratischer Aufbruch« Interpretation wird allerdings durch die Fragen zu einem zweiten politischen System verkompliziert. »Ein starker Anführer, der sich nicht um Parlament und Wahlen zu kümmern braucht« Es stellt sich heraus, dass die Anzahl der Russen, die einen solchen Anführer als gute Idee ansahen, anstieg (von 49 % im Jahr 2008 auf 56 % im Jahr 2012), gleichzeitig aber die Anzahl der Ablehnenden von 34 % 2008 auf 30 % 2012 zurückging. Hier müssen wir allerdings im Kopf haben, was oben bereits erwähnt und umfangreicher in meinem *Europe-Asia Studies*-Artikel beschrieben wurde, Bezug nehmend auf die Daten aus dem Jahr 2008: Viele Russen wollen beides, einen starken Anführer, der ohne Einschränkungen für lange Zeit

tätig ist, und das Recht, diesen Anführer in freien und fairen Wahlen zu bestimmen. Einige andere Folgefragen zeigen, dass sie auch das Recht haben wollen, so einen Anführer von der Macht zu entfernen, sollte er oder sie beginnen, gegen das öffentliche Interesse tätig zu werden. Das ist die Logik der delegativen Demokratie und hilft zu erklären, warum ganze 26 % der Bevölkerung 2008 ein »demokratisches System« und einen »starken Anführer« in ein und derselben Umfrage befürworten konnten. Interessanterweise stieg die Anzahl dieser Menschen 2012 fast bis auf 35 %.

Auch wenn man einen Anstieg der russischen Demokratiebefürwortung beobachten könnte, wäre diese Demokratie also keine Demokratie nach westlichem Idealtypus.

Kompromisse bei der Demokratie

Die RES-Studie enthält auch eine Reihe von Fragen, welche vor mehr als einem Jahrzehnt von Colton und Michael McFaul eingeführt wurden, und die zeigen sollen, inwieweit die Bevölkerung Demokratie anderen Zielen, wie Wirtschaftswachstum oder politische Stabilität, vorzieht. Mit den Antworten von 2012 und 2008 lässt sich nicht belegen, dass Demokratie für wichtiger erachtet wird als andere Ziele.

Auf die Frage, ob es für Russland möglich ist, sowohl eine Demokratie als auch ein politisch stabiler Staat zu sein, antworteten 56 % 2008 und 53 % 2012, dass man beides haben könne. Nur 33 % dachten 2008 und 38 % 2012, dass man wählen müsse. Die Bevorzugung des einen oder anderen Ziels hat sich zwischen 2008 und 2012 kaum verändert. 2008 favorisierten 43 % und 2012 41 % politische Stabilität, während sich 10 bzw. 11 % für Demokratie aussprachen und 43 bzw. 42 % betonten, dass beides gleich wichtig sei. Die Anzahl der Menschen, die politische Stabilität mit Demokratie für vereinbar halten und politische Stabilität für wichtiger erachten als Demokratie blieb stabil, allerdings bei nur 22 % 2008 und 23 % 2012.

Über den Autor

Henry E. Hale ist assoziierter Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der George-Washington-Universität und Autor von *Why Not Parties in Russia? Democracy, Federalism, and the State* (2006) und *The Foundations of Ethnic Politics: Separatism of States and Nations in Eurasia and the World* (2008). Er beendet gegenwärtig ein neues Buch mit dem vorläufigen Titel: *Great Expectations: Eurasian Regime Dynamics in Comparative Perspective*.

Weiterführende Literatur

- Henry E. Hale, "The Myth of Mass Russian Support for Autocracy: Public Opinion Foundations of a Hybrid Regime," *Europe-Asia Studies*, v. 63, no. 8, October 2011, S. 1357–1375.
- Guillermo O'Donnell, "Delegative Democracy," *Journal of Democracy*, v.5, no. 1, January 1994, S. 55–69.

Die Antworten bezüglich Einschränkungen beim Wirtschaftswachstum zugunsten der Demokratie sind sehr ähnlich: In beiden Jahren dachten 62 %, dass sie beides haben können, während 2008 und 2012 27 % und 29 % dies jeweils nicht für möglich hielten. 2008 legten 49 % und 2012 52 % der Befragten mehr Wert auf das Wirtschaftswachstum, 2 % bzw. 3 % auf die Demokratie und 44 % bzw. 42 % denken, dass Wachstum und Demokratie als gleich wichtig erachtet werden sollten. Die Anzahl der russischen Bürger, die denken, dass Wachstum und Demokratie nicht vereinbar sind, und Wachstum wählen würden, blieb zwischen 2008 und 2012 fast unverändert, mit einem Anstieg von 22 % auf 23 %.

Folgen

Insgesamt zeigt dieser erste Ausschnitt der Ergebnisse der RES-Studie von April bis Mai 2012 wenig Belege für eine grundlegende Veränderung in Russland bezüglich der Einstellungen zur Demokratie. Während einige Antworten auf bestimmte Fragen einen leichten Anstieg der Anzahl der Demokratiebefürworter zeigen, zeigen andere entweder gar keine Veränderung oder sogar einen leichten Rückgang der Unterstützung demokratischer Werte. Nichtsdestoweniger scheint es 2012 genauso wie 2008 keinesfalls so zu sein, dass eine Mehrheit der russischen Bürger als Befürworter einer Art von Demokratie betrachtet werden kann.

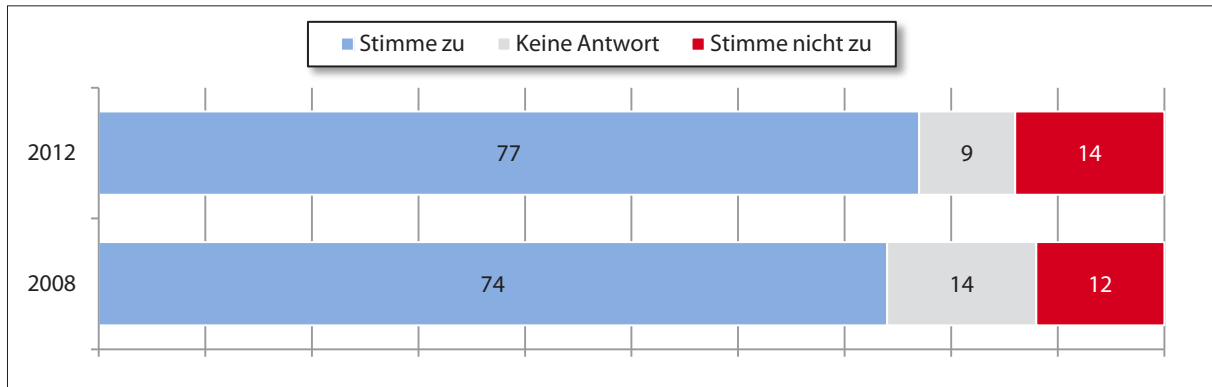
Doch wichtig ist, dass die »Demokraten« oft dazu tendieren, eher »delegative Demokraten« zu sein als »liberale Demokraten« oder Demokraten westlichen Stils. Dies wird es einem starken Anführer schwerer machen, »den ganzen Weg zu gehen« und die gesamte Opposition und die Wahlen zu eliminieren. Gleichzeitig aber wird es den Erwerb der Macht durch Staatsoberhäupter eher erleichtern und den Aufstieg solcher Staatsoberhäupter fördern, die die prozeduralen Feinheiten einer liberalen Demokratie auch mal ignorieren.

Übersetzt aus dem Englischen von Sophie Schmäing

UMFRAGE

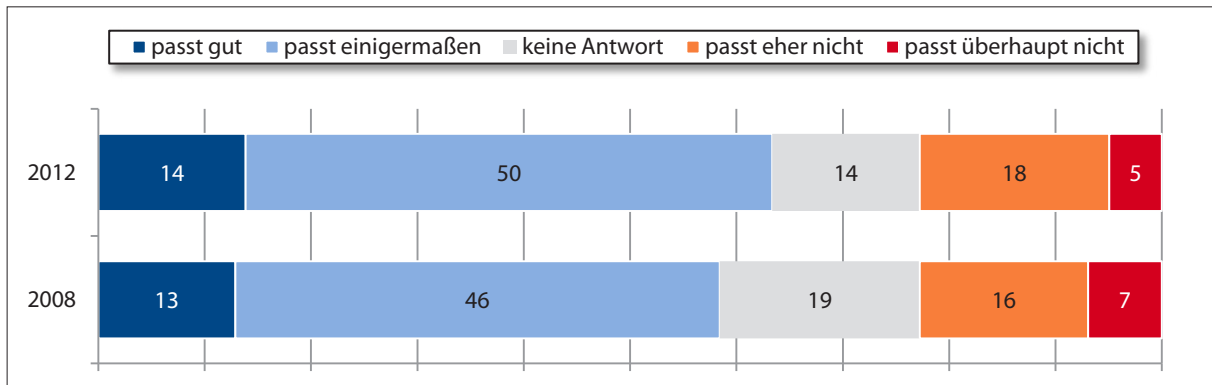
Demokratie oder starker Staat

Grafik 1: Viele in Russland reden viel über Demokratie. Stimmen Sie der Ansicht zu, dass Russland ein demokratisches Land sein sollte? (%)



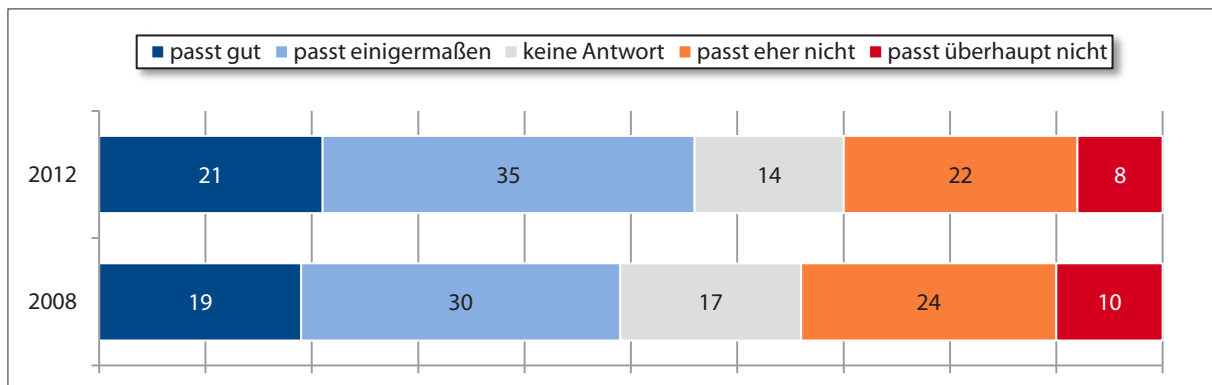
Quelle: Umfragen der Russian Election Studies (RES) 2008, 2012 (Russische Akademie der Wissenschaften, Institut für Soziologie, Demoskopengruppe)

Grafik 2a: Was meinen Sie, in wie weit passen die von mir erwähnten politischen Systeme zu unserem Land? (%) Ein demokratisches System...



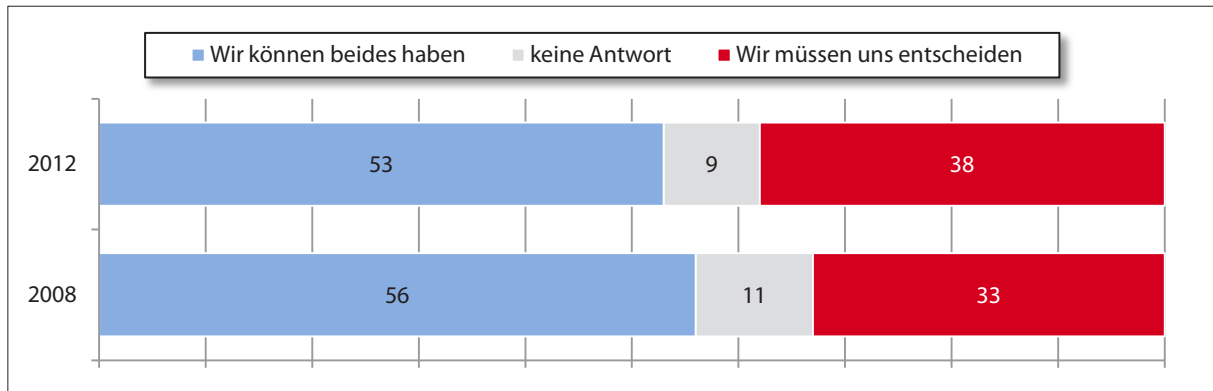
Quelle: Umfragen der Russian Election Studies (RES) 2008, 2012 (Russische Akademie der Wissenschaften, Institut für Soziologie, Demoskopengruppe)

Grafik 2b: Was meinen Sie, in wie weit passen die von mir erwähnten politischen Systeme zu unserem Land? (%) Ein starker Mann, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss...



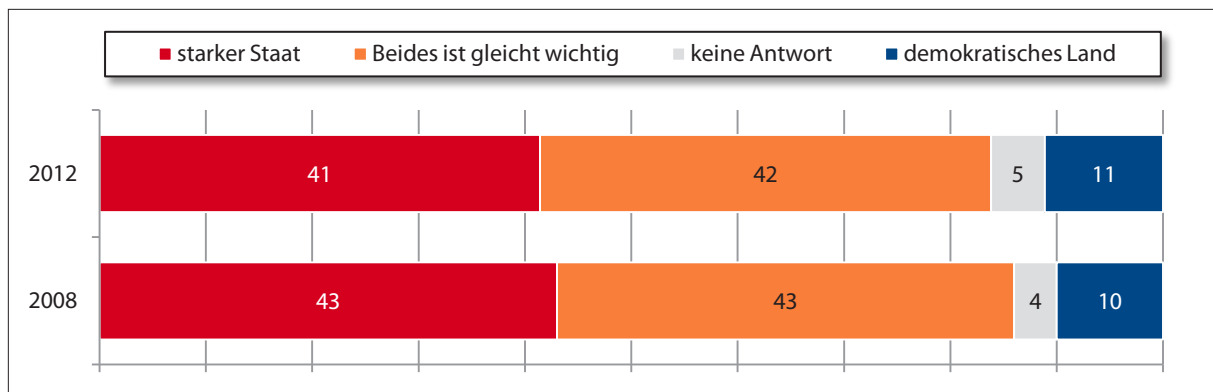
Quelle: Umfragen der Russian Election Studies (RES) 2008, 2012 (Russische Akademie der Wissenschaften, Institut für Soziologie, Demoskopengruppe)

Grafik 3a: Was meinen Sie, kann Russland heute sowohl ein demokratisches Land als auch ein starker Staat sein, oder müssen wir uns für das eine oder das andere entscheiden: starker Staat oder Demokratie? (%)



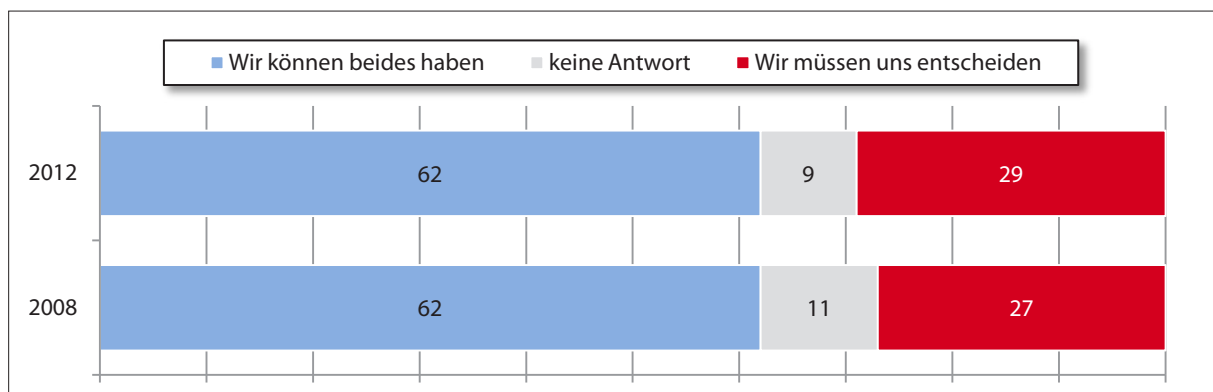
Quelle: Umfragen der Russian Election Studies (RES) 2008, 2012 (Russische Akademie der Wissenschaften, Institut für Soziologie, Demoskopengruppe)

Grafik 3b: Was ist Ihrer Meinung nach jetzt für Russland wichtiger: ein starker Staat oder ein demokratisches Land zu sein? (%)



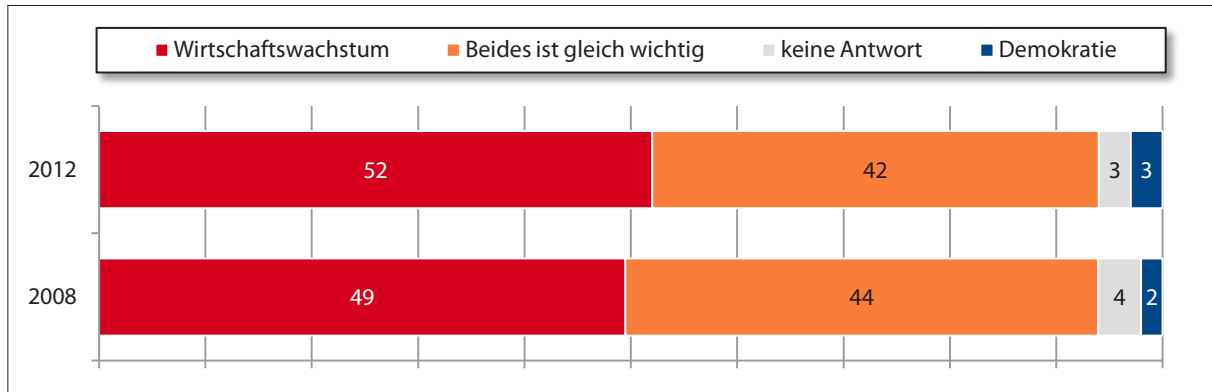
Quelle: Umfragen der Russian Election Studies (RES) 2008, 2012 (Russische Akademie der Wissenschaften, Institut für Soziologie, Demoskopengruppe)

Grafik 4a: Was meinen, kann es in Russland heute gleichzeitig Demokratie und Wirtschaftswachstum geben, oder müssen wir uns für das eine oder andere entscheiden: Wirtschaftswachstum oder Demokratie? (%)



Quelle: Umfragen der Russian Election Studies (RES) 2008, 2012 (Russische Akademie der Wissenschaften, Institut für Soziologie, Demoskopengruppe)

Grafik 4b: Was ist Ihrer Meinung nach im Augenblick wichtiger für Russland: Wirtschaftswachstum oder Demokratie? (%)



Quelle: Umfragen der Russian Election Studies (RES) 2008, 2012 (Russische Akademie der Wissenschaften, Institut für Soziologie, Demoskopengruppe)

ANALYSE

Öffentliche Unterstützung für Demokratie und Autokratie in Russland

Von Ellen Carnaghan, Saint Louis

Zusammenfassung

Putin genießt innerhalb der russischen Bevölkerung immer noch hohe Zustimmungswerte. Diese werden oftmals als öffentliche Akzeptanz gegenüber dem autoritären Kurs, der während Putins ersten beiden Amtszeiten als Präsident und seiner Zeit als Premierminister eingeschlagen wurde, interpretiert. Die Ergebnisse einiger Meinungsumfragen scheinen dieses Bild zu bestätigen. Allerdings könnte es auch sein, dass diese Befunde verzerrt sind und weniger Unterstützung für Demokratie anzeigen, als es tatsächlich der Fall ist. Die Herausforderung besteht nämlich darin, Zustimmung zu Demokratie in einem Land zu messen, in dem es gar keinen demokratischen Institutionen gibt. In Gesellschaften, die sich entweder auf dem Weg hin zu Demokratie oder weg von ihr bewegen, ist oft unklar, was »Demokratie« tatsächlich bedeutet. Institutionen und Praktiken, die das Label »Demokratie« tragen, handeln oft nicht so, wie es allgemeinen demokratischen Normen entsprechen würde. Interpretiert man die erwähnten Umfrageergebnisse unter diesem Gesichtspunkt, dann lassen sich Hinweise auf ein höheres Maß an passiver Unterstützung für Demokratie in Russland finden, als für gewöhnlich angenommen. Hingegen sind nur wenige bereit, sich aktiv politisch zu engagieren.

Einleitung

Am 27. Mai 2012 trat Putin seine dritte Amtsperiode als russischer Präsident an. Anders als bei den ersten beiden Malen – 2000 und 2004 –, leistete er dieses Mal den Amtseid unter massiven öffentlichen Protesten. Nachdem der Vorwurf des Wahlbetrugs laut wurde, kam es im vergangenen Dezember zu großen Demonstrationen. Diese flammten zu den Präsidentschaftswahlen im März wieder auf und dauerten auch in Putins dritter Amtsperiode weiter an. Kann diese neu entstandene Opposition als ein Anzeichen dafür gese-

hen werden, das die Demokratie gegen Putins wachsenden autokratischen Tendenzen öffentlich verteidigt wird? Oder aber ist diese Opposition nur eine kleine Gruppe, die nicht repräsentativ für die allgemeine politische Stimmung ist? In diesem Artikel werde ich die Ergebnisse von Meinungsumfragen und von Interviews, die ich mit durchschnittlichen russischen Staatsbürgern zwischen 1998 und 2011 geführt habe, nutzen, um zu zeigen, dass eben jene die Demokratie stärker unterstützen, als generell angenommen. Allerdings sind nur wenige von ihnen aktuell auch dazu bereit,

etwas zu unternehmen, um die Situation zu einem Besseren zu wenden.

Scheinbare Unterstützung für Putins autokratischen Kurs

In Putins ersten beiden Amtszeiten – und in seiner Zeit als Premierminister unter Präsident Dimitri Medwedew – war eine langsame aber stetige Beschneidung demokratischer Praktiken zu beobachten. Die Medien – und hier im Besonderen das Fernsehen – wurden zunehmend unter Kontrolle der Regierung gestellt. Wahlen wurden in dem Maße, in dem das Regime lernte die Ergebnisse zu beeinflussen, weniger kompetitiv. Personen, die mutig genug waren, um zu versuchen, sich gegen diese Entwicklungen zu stellen, fand sich im Exil, im Gefängnis oder im Fall einiger glückloser Journalisten, tot wieder. Putin installierte die von ihm selbst so bezeichnete »Vertikale der Macht«, die es dem Zentrum erleichterte, Kontrolle über lokale Politiken und Wahlen auszuüben. Konkret bedeutete das, dass Regierungsvertreter gezwungen werden konnten, das zu tun, was ihre Vorgesetzten von ihnen verlangten und nicht zwingenderweise das, was die Bürger von ihnen wollten. Auch wenn Teile des Regimes ihrer Form nach demokratisch blieben, waren sie doch in der Praxis autokratisch. Aber es gibt viele Dinge, die die Menschen am System Putin schätzen könnten. Wirtschaftswachstum und die Beseitigung des Chaos der Jelzin-Ära zählen hierzu. Trotzdem werden die hohen Zustimmungswerte, die Putins genießt oftmals ausschließlich als öffentliche Akzeptanz gegenüber dessen autokratischen Kurs gedeutet.

Russische Meinungsumfragen scheinen den Eindruck, dass durchschnittliche russische Staatsbürger wenig von Demokratie nach westlichem Vorbild halten, zu bestätigen. Umfragen des Levada-Zentrums – einem angesehenen russischen Meinungsforschungsinstitut – zufolge, glauben nur rund zwanzig Prozent der Befragten, dass Russland eine Demokratie ähnlich den Demokratien in Europa und Amerika brauche. Diese Zahl scheint über die Zeit hinweg auch noch zu sinken. Desweiteren glaubt eine Mehrheit der Russen, dass sich Russland eher Richtung Demokratie als Richtung Diktatur entwickelt. Auch die Fairness der Wahlen empfand eine Mehrheit der Befragten als zufriedenstellend. Ebenso werden Werte wie »Ordnung« und eine Führer mit einer »starken Hand« für gut befunden.

Wenig öffentliches Interesse besteht, den Meinungsumfragen zufolge, hingegen an der Politik der Opposition. Umfragen, die von dem öffentlichen Meinungsforschungsinstitut Obschestvennoe Mnenie durchgeführt wurden, zeigen, dass nur wenige die Namen der Oppositionsführer kennen und dass die Oppositionsführer, die größere Bekanntheit genießen eher negativ bewertet

werden. Die Aktivitäten der Opposition finden ebenfalls wenig Unterstützung in der Bevölkerung. Als diskutiert wurde, ob Geldstrafen bei Zuwiderhandeln gegen die, von der Regierung erlassenen, Regelungen für genehmigte Demonstrationen erhöht werden sollte, sprachen sich nur zwölf Prozent der Befragten dafür aus, dass das demokratischen Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit verteidigt werden muss. Selbst an Protesten und Demonstrationen teilnehmen würden nur wenige. Viele Russen sind in ihrer neuen Konsumwirtschaft nur allzu gerne bereit, das politische Leben zu ignorieren und gehen stattdessen lieber shoppen.

Zustimmung zu Demokratie ohne Demokratie messen

Es ist aber auch möglich, dass diese Meinungsumfragen ein verzerrtes Bild der Unterstützung für Demokratie zeichnen und weniger Unterstützung für Demokratie suggerieren als tatsächlich existiert. Die Herausforderung besteht darin, Zustimmung zu Demokratie in einem Land zu messen, in dem es gar keinen demokratischen Institutionen gibt beziehungsweise diese nicht gut funktionieren. Selbst in stabilen Gesellschaften, in denen die Bürger schon ausreichend Erfahrungen mit Demokratie gemacht haben, können die Befragten den Sinn hinter den, in Meinungsumfragen gestellten Fragen nicht unbedingt vollständig und endgültig erfassen. In Gesellschaften, die sich entweder auf dem Weg hin zur Demokratie oder von ihr weg bewegen, ist oft unklar, was »Demokratie« tatsächlich bedeutet. Institutionen und Praktiken, die das Label »Demokratie« tragen, handeln oft nicht so, wie es demokratischen Normen entsprechen würde. Bürger in stabilen politischen Systemen hingegen werden schon in der Schule mit den Grundzügen ihrer politischen Institutionen vertraut gemacht. Sie verfügen somit über ein Set von Wörtern und Konzepten, auf das die zurückgreifen und das sie verstehen können, wenn sie über ihre Regierung reden. In Gesellschaften, die einen politischen Wandel durchmachen, haben Bürger diesen Vorteil nicht. Das führt dazu, dass, wenn die Bürger in Umfragen zu demokratischen Konzepten befragt werden, sie die Fragen missinterpretieren und Antworten geben, die wiederum etwas anderes aussagen, als das, was sie eigentlich mitteilen wollten. Diese Tendenz zur Fehlkommunikation ist nicht nur ein Problem der Übersetzung oder des interkulturellen Austauschs; vielmehr ist es ein Ausdruck der generellen Schwierigkeit, über Demokratie innerhalb eines Kontextes zu reden, in dem Demokratie nicht in ausreichendem Maße existiert.

Vor allem bei Fragen, die das Wort »Demokratie« enthalten, wird dieses Problem offensichtlich. Ich habe innerhalb zweier Forschungsprojekte zwischen 1998 und

2011 eine Reihe systematischer und intensiver Interviews mit durchschnittlichen russischen Bürgern durchgeführt. In diesen Interviews wurden den Befragten keine Einschränkungen bezüglich der Länge ihrer Antworten gemacht, anstatt ihre Meinung in vorgefertigte multiple-choice Fragebögen zu pressen. Die Antworten die ich von der Befragten erhielt, illustrieren die Bandbreite dessen, was mit dem Wort »Demokratie« alles assoziiert wird. Einige Personen beschrieben, was Demokratie in ihrer eigenen Erfahrung bedeutet hat: Politische Anführer, die ihre Verantwortung gegenüber dem Volks ignorieren, geschlossene Fabriken und wirtschaftliches Elend. Andere sprachen von Demokratie als einem kleinen Teil innerhalb eines großen komplexen Systems – persönliche Freiheit, Wahlen oder Rechtsstaatlichkeit (Befolgung von Gesetzen). Im Ergebnis zeigt sich, dass wenn Russen Umfragen zu der Notwendigkeit einer Demokratie im westlichen Sinne beantworten, es schwer einzuschätzen ist, was sie wirklich unter Demokratie verstehen.

Russische Assoziationen mit Demokratie

Umfrageforscher sind sich dieser Problematik natürlich bewusst und versuchen sie soweit wie möglich zu umgehen. Eine Strategie, um Probleme die die verschiedenen Assoziationen, die das Wort Demokratie auslöst zu umgehen, ist, das Wort selbst zu vermeiden. Stattdessen werden die Personen dann zu unterschiedlichen Aspekten des demokratischen Systems befragt. Für gewöhnlich sind das Wahlen, Institutionen und persönliche Freiheiten. Meine Erfahrung mit den Befragten zeigt aber, dass selbst diese weniger abstrakten Fragen auf Wörter vertrauen, die für unterschiedliche Personen unterschiedliche Dinge bedeuten. In Umfragen wird häufig nach bestimmten Institutionen gefragt: Präsident, Parlament, Wahlen, Gerichte. Sie dienen als eine Art Vehikel für Konzepte, die zu den Kernelementen der Demokratie gehören, wie beispielsweise Partizipation, Wettbewerb oder der Schutz individueller Rechte. Der Erfolg diese Strategie hängt aber davon ab, dass die Befragten die Bedeutung dieser Institutionen erkennen. Beispielsweise, ob sie wissen, dass es einen Unterschied zwischen Präsidenten und Königen gibt, oder dass der Legislativen das Prinzip der Repräsentation verschiedener Interessen inhärent ist. Es ist nicht immer ersichtlich, ob normale Bürger sich dieser Unterschiede bewusst sind und ob die Unterschiede, die sie meinen dann auch die sind, die die Umfrageforscher meinen. Einige der Personen, die ich befragt habe dachten beispielsweise, dass ein Zar, ein Präsident und ein sowjetischer Kommissar mehr oder weniger dasselbe wären. Es ist somit wenig überraschend, dass viele Russen ihr eigenes System als demokratischer einschätzen als es die meisten außenstehenden Beobachter tun würden.

Wenn Bürger zu Institutionen befragt werden, treten aber auch noch weitere Probleme auf. Die Befragten denken bei der Beantwortung der Fragen oft an ganz bestimmte, defekten Institutionen und ihre eigenen Erfahrungen mit diesen und nicht daran, wie diese Institutionen in einer abstrakten Welt mit perfekter Demokratie funktionieren würden. Umfragen zeigen beispielsweise, dass die repräsentative Demokratie unter Russen auf wenig Zustimmung stößt. Dieser Schluss kommt daher, da üblicherweise das Parlament als ein Pfeiler der Demokratie gesehen wird. Die ablehnende Haltung der Russen gegenüber der Staatsduma kann also als ablehnende Haltung gegenüber dem generellen Prinzip der Repräsentation oder dem Wettstreit unterschiedlicher politischer Kräfte gedeutet werden. Allerdings wurde in den Umfragen, die ich durchgeführt habe, deutlich, dass die Kritik der Befragten vor allem durch die Arbeit der Staatsduma geprägt war. Sie bezichtigten die Abgeordneten als »Schwindler« und »Parasiten« und beschuldigten sie, sich nur um ihr eigenes persönliches Wohl zu sorgen und sich dabei aus dem öffentlichen Topf zu bedienen. Die Personen, die ich befragt hatte, wollten nicht ohne Repräsentation sein. Sie wollten nur, dass ihre Institutionen besser arbeiten, damit sie den Bedürfnissen der normalen Menschen, wie die Befragten es selbst sind, dienen.

Umfrageforscher benutzen Wendungen wie »eine starke Hand« oder »strenge Ordnung« als Codewörter für autoritäre Herrschaft und eingeschränkte persönliche Rechte. Allerdings ist nicht klar, ob alle Befragten diese Codewörter auch verstehen und entschlüsseln können. Die Personen, die ich befragte hatte, befürworteten beispielsweise eine »strenge Ordnung«. Allerdings verstanden sie darunter, dass alle Menschen gleichermaßen – auch Regierungsvertreter – an Recht gebunden wären. Für viele meiner Befragten war Ordnung nicht das Gegenteil von Demokratie oder irgendeinem anderen Konzept von Freiheit. Vielmehr verstanden sie unter Ordnung – gemeinsam mit Demokratie – einen Mittelweg zwischen Autokratie auf der einen Seite und Chaos, willkürliche Gewalt und sozialen Zusammenbruch auf der anderen Seite. Ein junger Mann erklärte mir: »Ordnung fördert die Pluralität der Interessen. Aber das geht nicht, wenn Anarchie herrscht. Anarchie herrscht dann, wenn es keine Ordnung gibt.«

Passive Unterstützung für Demokratie unterschätzt

Der Schluss, den man hieraus ziehen kann, ist, dass Umfrageergebnisse möglicherweise unterschätzen, inwieweit durchschnittliche Russen Demokratie befürworten. In nicht-demokratischen oder nur teilweise demokratischen Ländern wie Russland kann nur schwer eine

direkte Verbindung zwischen Begriffen wie »Demokratie«, »Freiheit« oder »Wahlen« und der Realität hergestellt werden. Die Interpretation dieser Begriffe ist außerdem oft nicht mit dem identisch, was die Wissenschaftler darunter verstehen. In politischen Systemen, die sich in einer ungewissen Transition befinden, benötigen die Befragten möglicherweise ein hohes Maß an politischem Wissen, um die Fragen richtig beantworten zu können. In diesen Systemen stehen die Menschen aber auch gleichzeitig vor dem Problem, dass das Wissen, das sie in der Vergangenheit angesammelt haben, ihnen nicht hilft, um die Gegenwart zu verstehen.

Viele der Antworten, die in russischen Umfragen erhoben werden, stützen die Annahme, dass es in Russland durchaus Unterstützung für Demokratie gibt. Nichtsdestotrotz kann es sein, dass es für durchschnittliche russische Bürger nicht ersichtlich ist, wie demokratische Institutionen im Idealfall organisiert sein sollten. Im Vergleich dazu sind die Bürger in ihrer Zustimmung zu individuellen Rechten wesentlich weniger widersprüchlich. Dies zeigt sich vor allem in Bezug auf persönliche Freiheitsrechte, wie beispielsweise das Recht frei zu reisen aber auch auf politische Rechte. Die Bürger stimmen generell nicht zu, dass die Interessen des Staates Priorität vor den Rechten des Individuums haben. Eine große Mehrheit der Bürger ist der Ansicht, dass oppositionelle Gruppen das Recht haben sollten, zu bestehen und lehnen Gewaltanwendung gegen diesen Gruppen ab. Trotzdem würden sie selbst nicht an einer Demonstration teilnehmen.

Allerdings ist die Tatsache, dass nur ein kleiner Prozentsatz der russischen Bürger sich bereit erklärt, an einer Demonstration oder einer anderen Form des Protests teilzunehmen nicht verwunderlich. In den meisten Ländern ist diese Art von politischer Aktivität die Domäne einer kleinen Gruppe und wahrscheinlich auch etwas, was spontan entsteht in Reaktion auf eine sich schnell ändernde gesellschaftliche Lage. In dem Umfang, in dem sich russische Bürger auf staatlich kontrollierte Medien verlassen, haben sie zwangsweise auch keinen Zugang zu der Art von Informationen, die sie benötigen würden, um die Ursache für ihre Unzufriedenheit adäquat ausdrücken zu können oder überhaupt herauszufinden, wie eigene Unzufriedenheit in politisches Handeln umgesetzt werden kann. Regimegegner werden von der staatlich kontrollierten Presse als gewalttätige

Extremisten bezeichnet und Putin-treue (oder von ihm abhängige), lokale Regierungsvertreter machen es der Opposition schwer, Veranstaltungen zu organisieren. Allerdings zeigen Umfragen, dass die Internetnutzung in Russland beständig zunimmt und so Informationen, die die offizielle Presse nicht abdruckt, durch oppositionelle Websites oder Blogs vielen Russen zugänglich werde. Umfragen zeigen, dass tatsächlich einige Informationen der Opposition ihren Weg in die öffentliche Wahrnehmung finden. Alexei Navalny, ein Blogger, der gegen Korruption angeht, führte eine Kampagne an, um Putins Partei Einiges Russland mit dem Slogan »Partei der Schwindler und Diebe« zu verbinden. Zwischen April 2011 und Januar 2012 stieg der Prozentsatz der Bevölkerung, die der Meinung war, dass dieser Spruch auf die Partei zutrefte um neun Prozentpunkte. Allerdings glaubt bisher keine Mehrheit den Behauptungen der Opposition, dass die Wahlen geklaut waren oder dass eine bessere Regierung möglich wäre.

Hoffnung auf eine demokratische Opposition?

Zwar war der Anteil der Bevölkerung, der glaubte, dass sich das Land in eine falsche Richtung bewegt, nie wieder so hoch wie zu Zeiten Jelzins, trotzdem ist der heutige Wert mit vierzig Prozent immer noch sehr hoch. Es ist denkbar, dass sich in Putins dritter Amtszeit die unzufriedenen Bürger weiterhin mit der Lage abfinden, sich privat über die Zustände zu beschweren und sich selbst davon überzeugen, dass das Regime letzten Endes doch das Beste für sie will. In diesem Fall werden sie weder die Regierung noch die Opposition aktiv unterstützen. Aber es ist auch denkbar, dass es für sie immer mehr Gründe gibt, sich einer aktiveren Opposition anzuschließen. Diese Opposition könnte sich aus unterschiedlichen Richtungen konstituieren. Kommunisten und exklusive Nationalisten haben immer noch eine große Zahl an Unterstützer. Wobei die Gruppe derer, die sich grundsätzlich innerhalb demokratischer Prinzipien bewegen wahrscheinlich beiden Gruppen zahlenmäßig überlegen sein wird. Es bleibt abzuwarten, ob diese Gruppe sich dazu entscheidet, demokratische Praktiken zu verteidigen oder sich alternativ doch lieber um ihre eigenen Angelegenheiten kümmert und shoppen geht, während die Autokratie wächst.

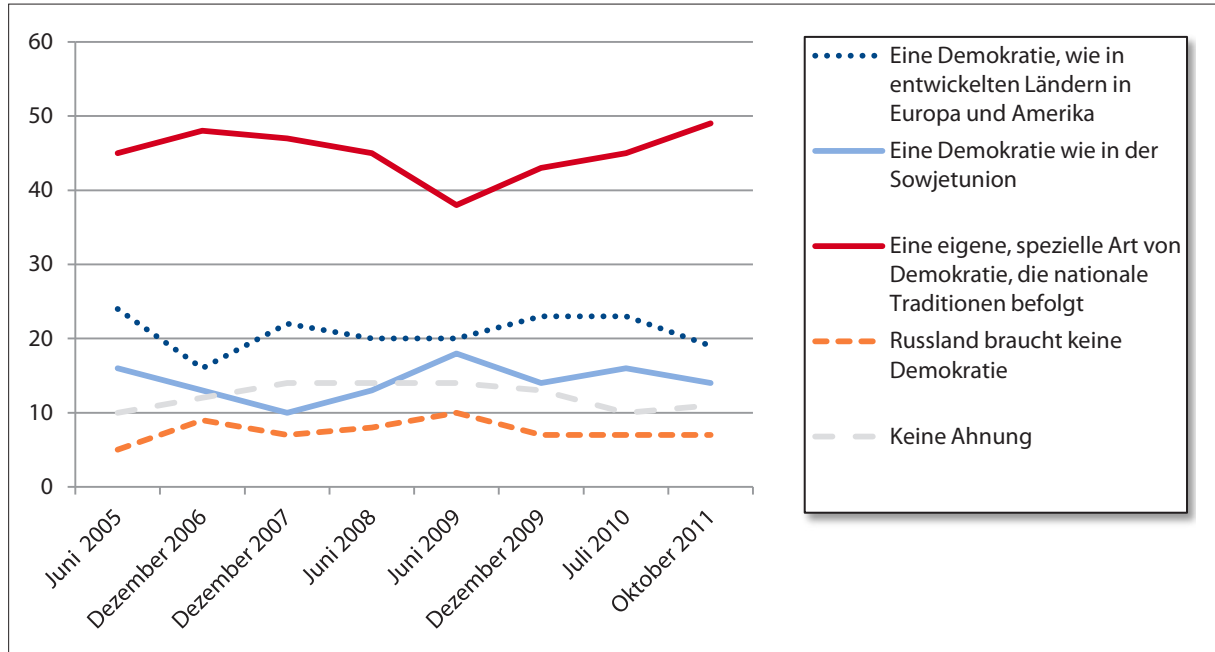
Übersetzung: Eva Wachter

Über die Autorin:

Prof. Ellen Carnaghan ist Leiterin der Fakultät für Politikwissenschaften an der Saint Louis University in Missouri (USA). Sie hat Artikel über die öffentliche Meinung in Russland und Osteuropa in *Comparative Politics, Democratization, Post-Soviet Affairs, P.S: Political Science and Politics*, und *Slavic Review* veröffentlicht. Ihr Buch, *Out of Order: Russian Political Values in an Imperfect World* (Penn State University Press, 2007), untersucht wie sich die politischen Werte in Russland durch die chaotischen Umstände nach dem Zusammenbruch des Kommunismus verändert haben.

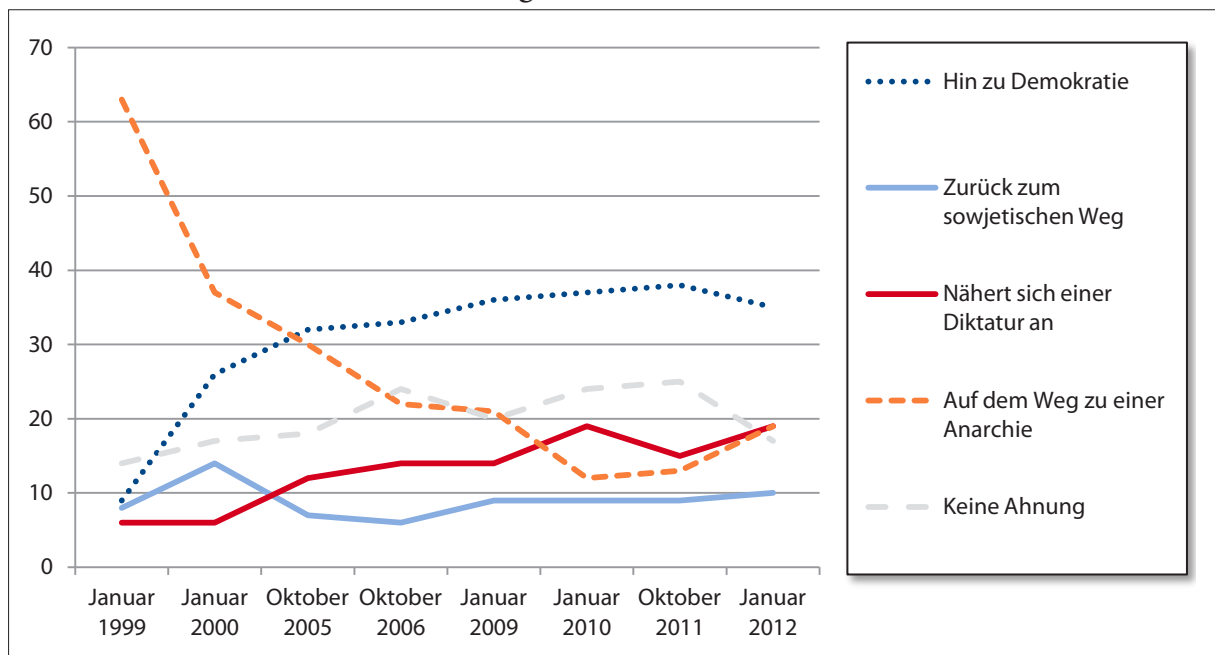
Demokratiekonzepte

Grafik 1: Welche Art Demokratie braucht Russland? (%)



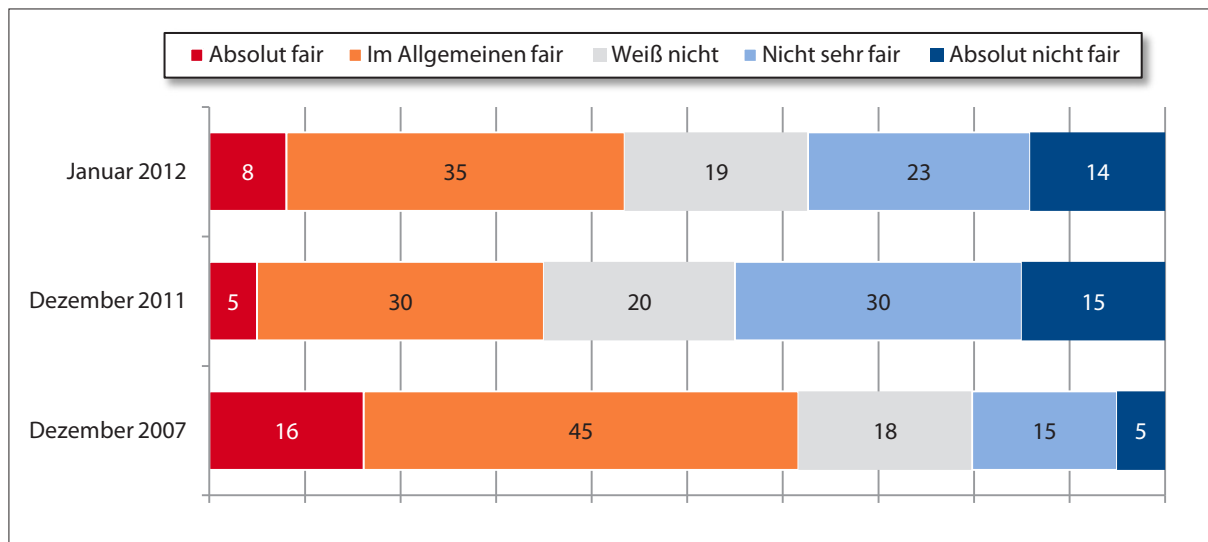
Quelle: repräsentative Umfrage durch das Lewada-Zentrum, www.russiavotes.org

Grafik 2: Was denken Sie, wohin bewegt sich Russland? (%)



Quelle: repräsentative Umfrage durch das Lewada-Zentrum, www.russiavotes.org

Grafik 3: Was denken Sie, wie fair war die Wahl zur Staatsduma? (%)



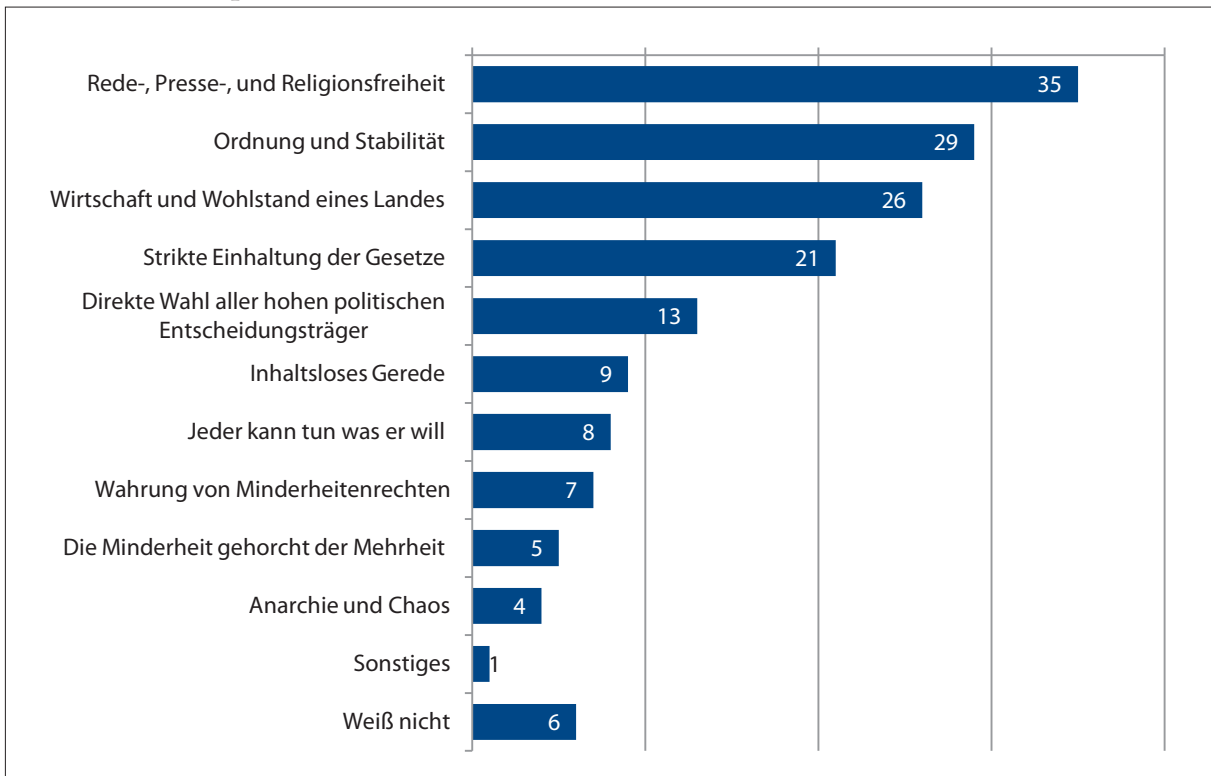
Quelle: repräsentative Umfrage durch das Lewada-Zentrum, N=1600, www.levada.ru

Grafik 4: Welche Art Präsident braucht Russland aktuell? (%)



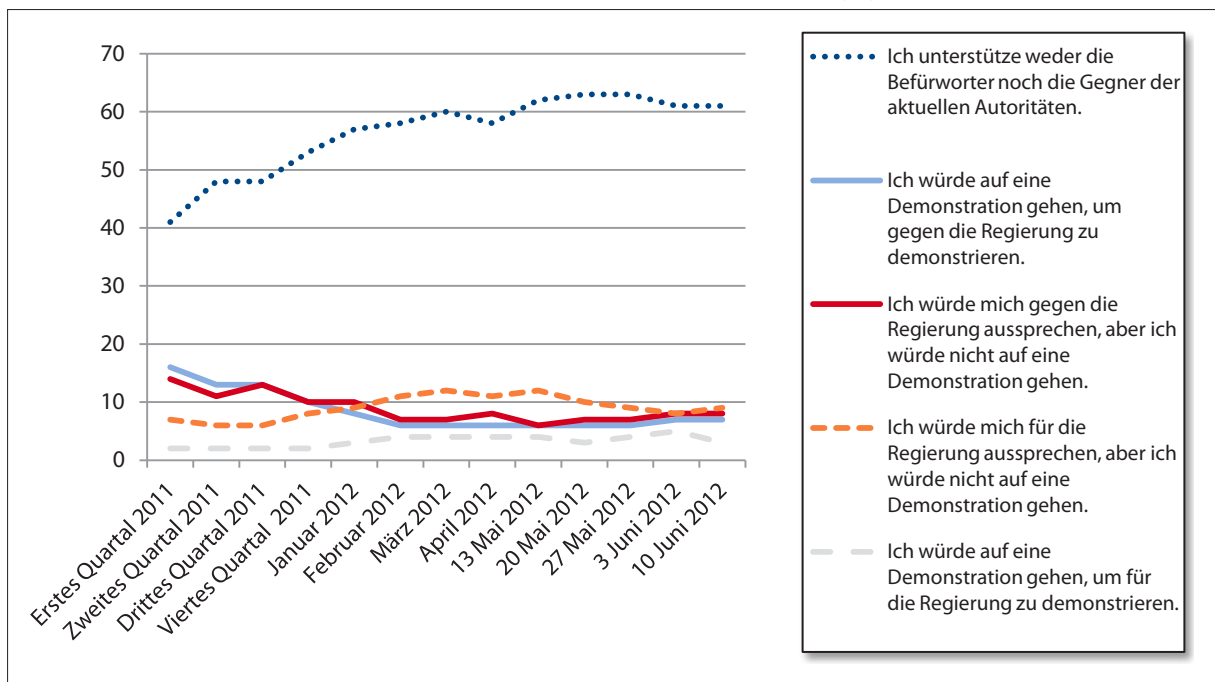
Quelle: repräsentative Umfrage durch das Lewada-Zentrum, www.levada.ru

Grafik 5: Was denken Sie: Welcher Aspekt ist am wichtigsten, um von Demokratie in diesem Land sprechen zu können? (%)



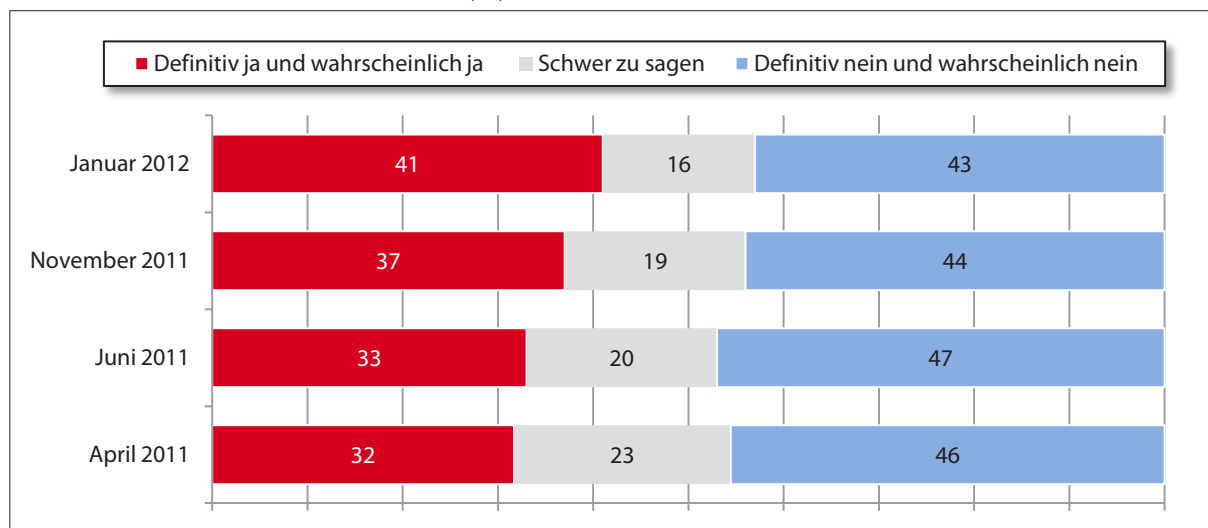
Quelle: repräsentative Umfrage durch das Lewada-Zentrum, 17.–21.12.2010, N=1611, www.russiavotes.org

Grafik 6: Bereitschaft, sich einer Demonstration anzuschließen (%)



Quelle: repräsentative Umfrage durch FOM, www.fom.ru

Grafik 7: Stimmen Sie der Meinung, dass Einiges Russland die Partei der Schwindler und Diebe ist zu, oder nicht? (%)



Quelle: repräsentative Umfrage durch das Lewada-Zentrum, N=1600, www.levada.ru

Der Prozess gegen die Punk-Band Pussy Riot

Die feministische, regierungs- und kirchenkritische Punk-Band »Pussy-Riot« gründete sich im Jahr 2011 in Moskau. Ihr gehören etwa zehn junge Frauen an, welche sich als Vertreterinnen des »Riot Grrrl Movement« sehen und unter anderem Bands wie »Bikini Kill« als ihr Vorbild ansehen. Die Band ist für ihre spontanen Auftritte auf öffentlichen Plätzen bekannt, ihr Markenzeichen ist das Tragen greller Kleider und Sturmmasken, welche es ihnen erlauben, anonym zu bleiben. In Folge ihres Auftritts in der Christus-Erlöser-Kathedrale in Moskau am 21. Februar 2012, dem Vortag der Präsidentschaftswahlen, während dem sie ein »Punk-Gebet« abhielten und Gott dazu aufriefen, sie von Putin zu befreien, wurden drei Mitglieder der Band verhaftet. Nadeschda Tolkonnikowa, Jekaterina Samuzewitsch und Marija Aljochina entschuldigten sich kurz nach ihrem Auftritt bei den Gläubigen und betonten, dass sie ihre religiösen Gefühle nicht verletzen wollten. Die Untersuchungshaft wurde mehrmals verlängert.

Die jungen Frauen wurden schließlich nach Paragraph 213, Absatz 2 wegen »grober Verletzung der öffentlichen Ordnung und Rowdytums« sowie Verletzung religiöser Gefühle angeklagt. Während des Gerichtsprozesses, der Ende Juli begann, mussten die Angeklagten sich in einem Glaskäfig aufhalten, Kritik über schlechte Haftbedingungen wurde laut.

Gemäß des oben genannten Paragraphen wurden Tolkonnikowa, Samuzewitsch und Aljochina zu zwei Jahren Lagerhaft verurteilt.

Der internationale Protest gegen die Inhaftierung sowie das anschließende Urteil war groß, zahlreiche Politiker und prominente Künstler sprachen den drei Frauen ihre Solidarität aus. Auch internationale Beobachter und Amnesty International kritisierten den Prozess scharf. Nachdem im Juni dieses Jahres bereits die Demonstrationsgesetze rigoros verschärft wurden, so dass Demonstranten extrem hohe Geldstrafen drohen, wird der Prozess als weiterer Schritt gesehen, um die Opposition zu schwächen und abzuschrecken.

Das Echo der russischen Presse fällt deutlich milder aus, wie die unten dokumentierten Pressestimmen zeigen. Die ebenfalls unten folgenden Ergebnisse repräsentativer Umfragen des Lewada-Zentrums geben einen Einblick in die Haltungen der russischen Bevölkerung.

Sophie Schmäing

Chronik zum Pussy Riot-Prozess

21.02.2012	Die russische Punk-Band »Pussy Riot« hält in der Christus-Erlöser-Kathedrale in Moskau ein so genanntes »Punkgebet« ab, in dem sie Gott unter anderem darum bittet, Putin zu verjagen. Sie protestiert damit auch dagegen, dass der Patriarch Kyrill dazu aufgerufen hatte, Putin zu wählen. Einige Tage später werden zwei der Mitglieder in Untersuchungshaft genommen.
16.03.2012	Das dritte Mitglied der Punk-Band »Pussy Riot«, Jekaterina Samuzewitsch, kommt in Untersuchungshaft.
01.04.2012	Mehr als 2000 Gläubige fordern in einem offenen Brief Kirchenoberhaupt Kyrill auf, die »Hetzjagd« auf die Band »Pussy Riot« zu beenden.
20.04.2012	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert die Untersuchungshaft der drei inhaftierten Mitglieder der Punk-Band »Pussy Riot« bis zum 24. Juni.
22.04.2012	Um die Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale findet ein Gottesdienst »zum Schutz des Glaubens, geschändeter Heiligtümer, der Kirche und ihres guten Rufes« statt. Patriarch Kyrill leitet den vierstündigen Gottesdienst vor ca. 50.000 Gläubigen. Die orthodoxe Kirche reagiert damit auf »Angriffe« in den vergangenen Wochen, darunter die Performance der Punk-Gruppe »Pussy Riot« in der Christ-Erlöser-Kirche.
04.06.2012	Die Anklage gegen die »Pussy Riot«-Mitglieder wird verkündet. Sie werden nach Artikel 213, Absatz 2 wegen grober Verletzung der öffentlichen Ordnung (Rowdytums) und wegen Motiven des religiösen Hasses angeklagt. Es drohen ihnen bis zu sieben Jahre Freiheitsentzug.
20.06.2012	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert die Untersuchungshaft der Mitglieder der Punk-Gruppe »Pussy Riot« um einen weiteren Monat. Mehr als 20 Sympathisanten werden bei einer Demonstration vor dem Gerichtsgebäude für mehrere Stunden festgenommen.

26.06.2012	Der bisherige Untersuchungsführer des Prozesses gegen die Punk-Band »Pussy Riot« wird ersetzt. Gründe für den Wechsel werden nicht genannt, man sagt, es handele sich lediglich um einen üblichen Wechsel des Personals.
27.06.2012	Mehr als 100 Kulturschaffende Russlands fordern in einem offenen Brief die Freilassung der Mitglieder der Punkband »Pussy Riot«.
04.07.2012	Eine Aktivistin der Punk-Gruppe »Pussy Riot« tritt aus Protest gegen die Einschränkungen bei der Vorbereitung ihrer Verteidigung in einen Hungerstreik.
30.07.2012	Der Gerichtsprozess gegen die drei Musikerinnen der Punk-Band »Pussy Riot« wird eröffnet.
02.08.2012	Zum ersten Mal äußert sich der russische Präsident zum Prozess gegen die Punk-Band »Pussy Riot«. Seine Aussage, man möge die drei Frauen nicht zu hart bestrafen, wird von der Verteidigung zunächst als möglicher positiver Wendepunkt des Prozesses gesehen.
13.08.2012	Mehr als 40 russische Psychologen schreiben einen offenen Brief, in dem sie die Expertise im Prozess als diskreditierend für ihren Beruf bezeichnen.
17.08.2012	Weltweit finden Unterstützungs- und Protestaktionen für die »Pussy Riots« statt, unter anderem in Spanien, Deutschland (Hamburg, Berlin), Frankreich, Irland, den USA, Polen, Serbien, England, Dänemark und auch Russland.
17.08.2012	In Moskau werden einigen Denkmälern zum Zeichen des Protests und der Unterstützung für die »Pussy Riots« bunte Masken aufgesetzt.
17.08.2012	Das Urteil im Fall »Pussy Riot« wird verkündet. Die drei Frauen werden zu jeweils zwei Jahren Lagerhaft verurteilt.
26.08.2012	Zwei weitere Mitglieder von »Pussy Riot« sind aus Russland geflohen. Es war bekannt geworden, dass die Polizei nach ihnen fahndete.
27.08.2012	Die Anwälte von »Pussy Riot« haben Berufung gegen das Urteil eingelegt.

PRESESTIMMEN

Zum Pussy Riot-Prozess

Margarita Poljanskaja: »Beim Gericht hat der übliche, staatliche Instinkt gearbeitet – die junge Generation versteht dies nicht«.

Interview mit Alexander Zipko, Politologe, erschienen am 17.08.2012 im Kommersant (Moskau)

Ja, in dieser Situation hätte es ein anderes Urteil überhaupt nicht geben können. Natürlich gibt es hier eine menschliche Seite – allen tun die Kinder, die Familie leid. Aber diese jungen Leute benahmen sich ehrlich gesagt frech. Sie baten meiner Meinung nach doch selbst – durch ihren Auftritt und ihr Verhalten vor Gericht – um dieses Urteil.

Beim Gericht hat der übliche (staatliche) Instinkt gearbeitet, den die neue Generation leider nicht versteht. Mich regt das Urteil ehrlich gesagt nicht so sehr auf wie das Verhalten der jungen Leute. Das ist ein allgemeines Problem der jungen Generation Russlands: Sie haben nichts Russisches mehr, sie haben keinen Respekt gegenüber den nationalen Heiligtümern.

Quelle: <http://www.kommersant.ru/doc/2004586?isSearch=True>

Iwan Jegorew: Was denken Sie?

Erschienen am 20.08.2012 in der Rossijskaja Gaseta (Moskau)

Jan Waslawski, Dozent am Lehrstuhl für politische Theorie am staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen über den Prozess:

Ich denke, dass die ursprüngliche Situation sehr stark aufgebauscht wurde, die Ausmaße des Konflikts wurden übertrieben. Ganz konkret geht es in der Situation um eine Gruppe von Frauen, die sich entschieden haben in der zentralen Kathedrale des Landes einen Rechtsbruch zu begehen. Eben deshalb wurde diese Situation vor Gericht betrachtet und ebendeshalb wurde auch ein Urteil gefällt. Und wenn man darin eine große Spaltung sieht – das bleibt denen überlassen, die die Situation für ihre politischen Ziele ausnutzen und deshalb alles durch eine bestimmte Brille sehen.

Quelle: <http://www.rg.ru/2012/08/20/primirenie.html>

Andrei Kolesnikow: »Der Spiegel ist zersprungen«.

Erschienen am 17.08.2012 in der Novaja Gazeta (Moskau)

Die Kirche zu kritisieren heißt auch den Staat anzugreifen und umgekehrt. Die persönlichen, intimen und geheimen religiösen Gefühle stehen damit in keinerlei Zusammenhang. Die Spaltung der Gesellschaft hat begonnen, als die Regierung sich den Bürgern gegenüberstellte. Der Schuldspruch festigt diese Spaltung, schränkt die sozialen Grundlagen des Regimes ein. Der Spiegel, in dem sich der »Präsident aller Russen« betrachtete, ist zersprungen.

Quelle: <http://www.novayagazeta.ru/politics/54028.html>

Olga Wolkowa: »Der Skandal um die Pussy Riots wurde ein Kriterium für die Beziehung der Menschen zueinander«.

Erschienen am 20.08.2012 im Kommersant (Moskau)

Der Soziologe Wladimir Rimski darüber, welche Auswirkungen der Pussy Riot-Prozess auf die Bevölkerung hat:

»Als der Skandal politisch wurde, als er in Schwung kam, wurde er ein Kriterium für die Beziehung der Menschen untereinander. Die Gesellschaft begann sich danach aufzuspalten, welche Einstellung sie zu den Pussy Riots hatte. Obwohl, wie sie verstehen, dort ursprünglich gar nichts Politisches war. Ich würde natürlich wollen, dass die Politik uns nicht spalten, sondern vereinen würde, weil die Politik noch eine wichtige Funktion hat: Die Leute zu vereinen um über allgemein wichtige für alle relevante Probleme zu entscheiden und sie zu lösen,« meint Rimski.

Quelle: <http://www.kommersant.ru/doc/2005297?isSearch=True>

Katja Tichomirowa: Blanker Irrsinn.

Kommentar erschienen am 17.08.2012 in der Frankfurter Rundschau (Frankfurt/M.)

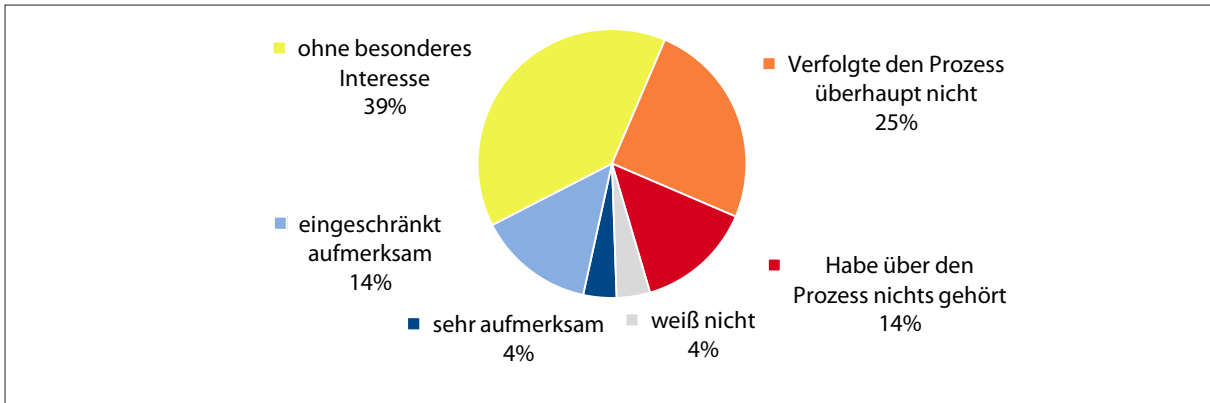
Wer beobachtet, wie alle Prozessbeteiligten nach Stunden, die sie im Stehen die Ausführungen des Gerichts verfolgen mussten, erschöpft ins Wanken geraten, bekommt ein anschauliches Bild vom Zustand des Landes. Es ist aus dem Gleichgewicht geraten, nicht weil drei junge Frauen die Staatsmacht herausgefordert oder die Gefühle von Gläubigen verletzt haben, sondern weil die Ideen- und Perspektivlosigkeit einer kleinen herrschenden Clique sich wie ein Alpdruck über das Land gelegt hat.

Quelle: <http://www.fr-online.de/politik/pussy-riot-kommentar-blanker-irrsinn,1472596,16911048.html>

Zusammengestellt und übersetzt von Sophie Schmäing

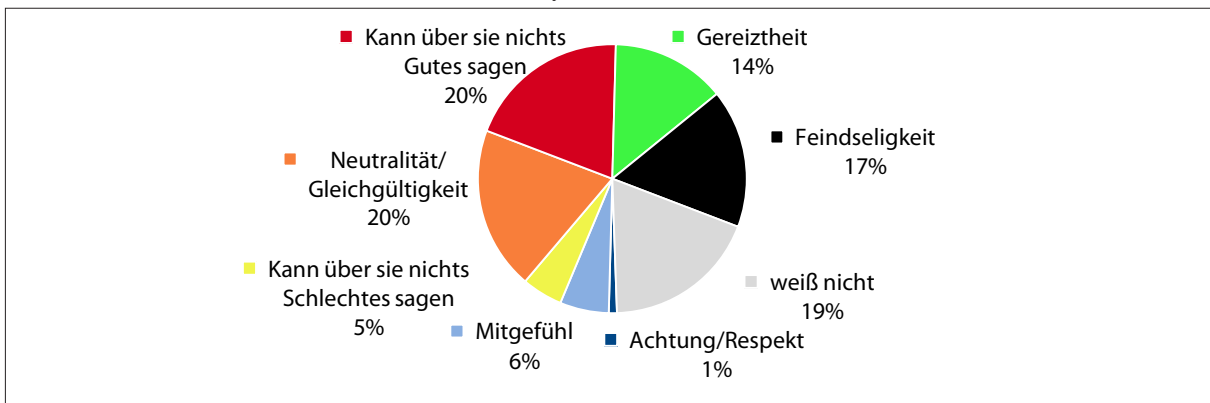
Die Haltung der russischen Bevölkerung zum Pussy Riot-Prozess

Grafik 1: Verfolgen Sie den Prozess gegen die Mitglieder der Gruppe »Pussy Riots«?



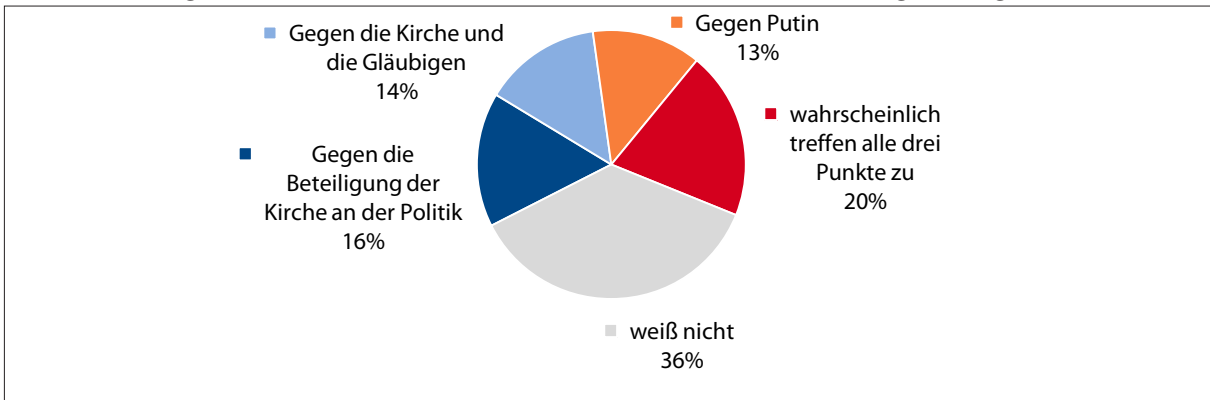
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums, 10.–13.08.2012,
<http://www.levada.ru/17-08-2012/tret-rossijan-verit-v-chestnyi-sud-nad-pussy-riot>

Grafik 2: Welche Gefühle rufen die »Pussy Riots« bei Ihnen hervor?



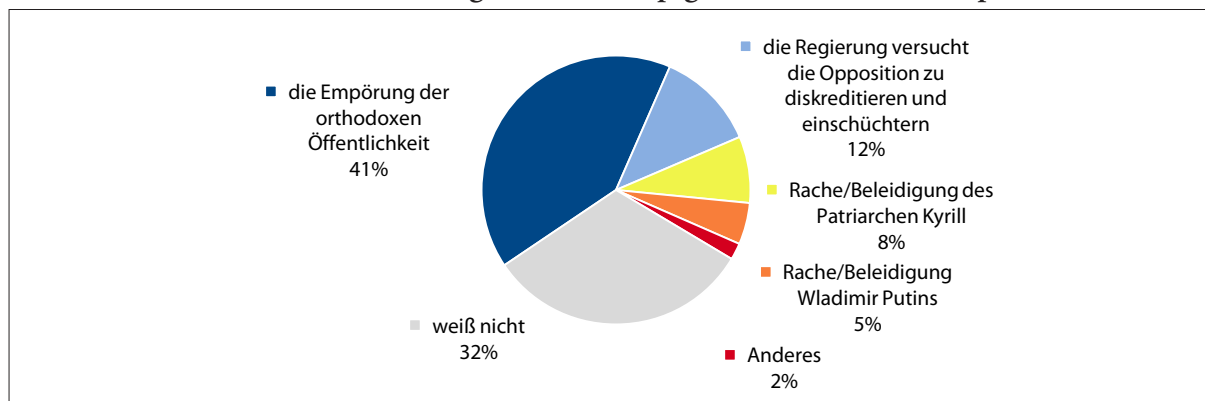
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums, 10.–13.08.2012,
<http://www.levada.ru/17-08-2012/tret-rossijan-verit-v-chestnyi-sud-nad-pussy-riot>

Grafik 3: Gegen wen war die Aktion der »Pussy Riots« ihrer Meinung nach gerichtet?



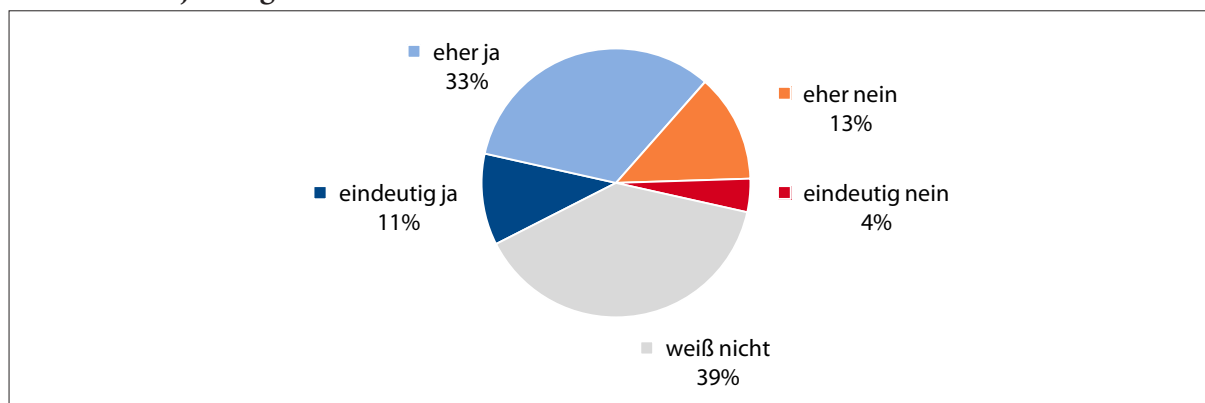
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums, 10.–13.08.2012,
<http://www.levada.ru/17-08-2012/tret-rossijan-verit-v-chestnyi-sud-nad-pussy-riot>

Grafik 4: Was diente ihrer Meinung nach als Hauptgrund für den Gerichtsprozess?



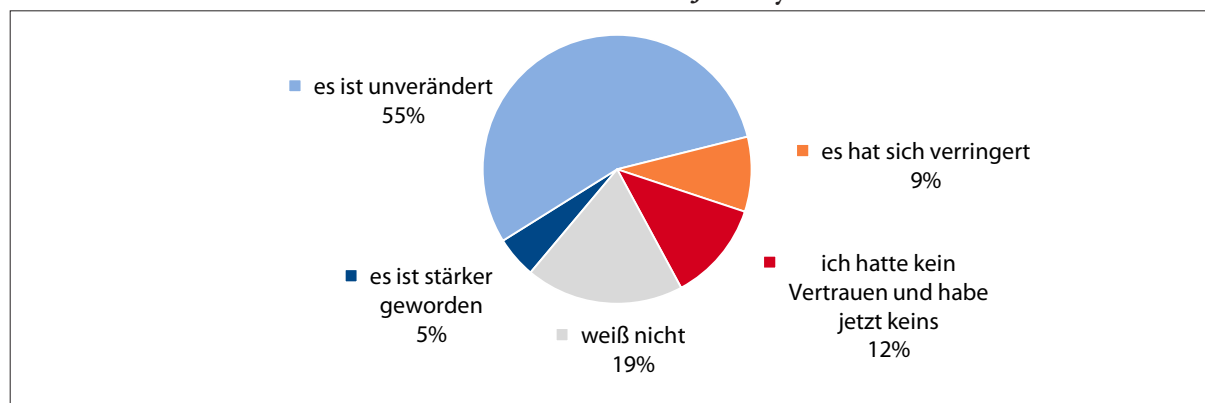
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums, 10.–13.08.2012,
<http://www.levada.ru/17-08-2012/tret-rossiyan-verit-v-chestnyi-sud-nad-pussy-riot>

Grafik 5: Denken Sie, dass der Prozess gegen die »Pussy Riots« gerecht, unparteiisch und objektiv geführt wird?



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums, 10.–13.08.2012,
<http://www.levada.ru/17-08-2012/tret-rossiyan-verit-v-chestnyi-sud-nad-pussy-riot>

Grafik 6: Wie hat sich ihr Vertrauen in das russische Justizsystem nach dem Prozess verändert?



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums, 10.–13.08.2012,
<http://www.levada.ru/17-08-2012/tret-rossiyan-verit-v-chestnyi-sud-nad-pussy-riot>

Der Fall Gudkow

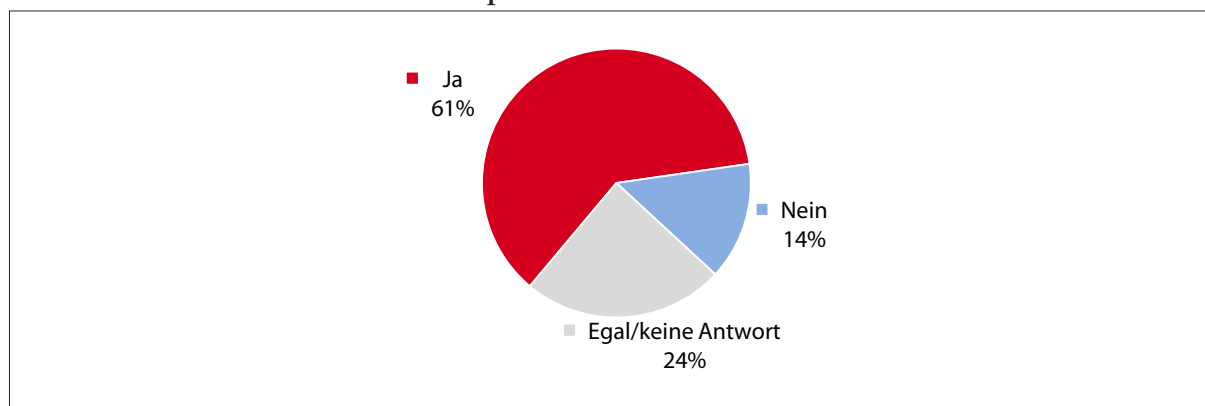
Mit 291 zu 150 Stimmen (bei drei Enthaltungen) hat das Plenum der Duma am Freitag dem stellvertretenden Vorsitzenden der Partei »Gerechtes Russland«, Gennadi Gudkow, das Mandat entzogen. Grundlage der außerhalb der Abstimmungsordnung vorgenommenen Entscheidung waren Anschuldigungen seitens der Staatsanwaltschaft, Gudkow habe durch Geschäftstätigkeit widerrechtlich Einkommen bezogen. Auf Bitten des Generalstaatsanwalts kam es am Freitag zur Abstimmung über den Entzug des Mandats. Die Fraktionen der Regierungspartei »Einiges Russland« und der »Liberaldemokratischen Partei« stimmten – ihren Ankündigungen entsprechend – dafür. Ausnahmen bildeten zwei Enthaltungen und die Gegenstimme des Abgeordneten Stanislaw Goworuchin aus der Fraktion von »Einiges Russland«. Die Kommunisten und Gudkows Partei »Gerechtes Russland« stimmten gegen den Antrag, den sie als politisch motiviert erachteten: Der Parteivorsitzende Sergei Mironow bezeichnete die Aktion laut Interfax als »verfassungswidrige, politische Rache.« Gudkow hatte seit den umstrittenen Parlamentswahlen im Dezember 2011 an der Organisation mehrerer Demonstrationen mitgewirkt.

Die gerichtliche Untersuchung, die möglicherweise zur Eröffnung eines Verfahrens gegen Gudkow führt, soll am 23. September abgeschlossen sein. Die Fraktion der Partei »Gerechtes Russland« wandte sich mithilfe der Kommunisten indessen an das Verfassungsgericht mit dem Antrag, die Rechtmäßigkeit der Abstimmung zu überprüfen.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM unterstützen 61 Prozent der Befragten einen Ausschluss Gudkows aus dem Parlament. Im Folgenden werden russische Pressestimmen zum Thema widergegeben.

Jan Matti Dollbaum

Grafik 1: Der Abgeordnete Gennadi Gudkow (»Gerechtes Russland«) wird verdächtigt, neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter eine private Firma betrieben zu haben, was das Gesetz verbietet. Unterstützen Sie persönlich den Ausschluss Gudkows aus dem Parlament?



Quelle: repräsentative Umfrage des WZIAM, 8.–9.9.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113020>

Zum Fall Gudkow

»Die Duma wirft Kreml-Kritiker hinaus«

Erschienen am 17.09.2012 in der Moscow Times (Moskau)

Zitat des Abgeordneten Ilja Ponomarjow von Gudkows Partei »Gerechtes Russland«:

Ponomarjow sagte, dass die Machthaber, indem sie Gudkow bestrafen, einen moderaten Politiker verlören, der den Kompromiss mit dem regierenden Establishment suche. »Er war jemand, der versuchte Brücken zu bauen, und das hätte im Interesse der Obrigkeit sein können«, sagte Ponomarjow.

Quelle: <http://www.themoscowtimes.com/mobile/article/duma-kicks-out-kremlin-critic/468176.html>

»Indem sie Gudkow zerdrückt, bedroht die Macht ihr Interesse«

Erschienen am 14.09.2012 in der Tageszeitung Kommersant (Moskau)

Der Politologe Leonid Radsichowski schreibt:

Sie alle – die Dumaabgeordneten, Beamten und so weiter – machen doch auf die eine oder andere Weise genau dasselbe wie Gudkow. Das Gesetz ist dumm formuliert; jeder sieht ein, dass, wenn ein Dumaabgeordneter oder ein Mitglied des Föderationsrats oder ein Minister oder sonst jemand sein Unternehmen jemand anderem formal überschreibt, dieser Abgeordnete weiter geschäftlich tätig ist. [...] Auf diese Weise, indem sie Gudkow zerdrückt hat, bedroht die Macht ihr eigenes geschäftliches Interesse. Das heißt, sie sägt am Ast, auf dem sie sitzt.

Quelle: <http://www.kommersant.ru/doc/2023389>

»Machtübernahme«

Erschienen am 17.09.2012 in der Rossijskaja Gaseta (Moskau)

Er verabschiedet sich von Mandat und Abgeordnetenhaus durchaus nicht so freiwillig, wie er es noch unmittelbar nach den Wahlen vom Dezember vorgehabt hatte, als er die jetzige Duma als »illegitim« bezeichnete. Seine Kollegen rief er dazu auf, seinem Beispiel zu folgen. Doch ein solches Beispiel zu geben – Gudkow überlegte es sich dann doch noch anders. Was möglicherweise unklug war. Damals hätte er, wahrscheinlich, elegant abtreten können. Jetzt jedoch nicht. Das Abgeordnetenmandat wurde Gennadi Gudkow vorzeitig entzogen, weil er, wie die Mehrheit der Abgeordneten annimmt, die parlamentarische Arbeit mit dem Geschäftlichen vermischte. Und das erlaubt weder die Verfassung noch das Statusgesetz.

Quelle: <http://www.rg.ru/2012/09/17/Gudkow.html>

»Vertreibung. Die Duma hat einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen: Zum ersten Mal entzog sie ohne Gerichtsverhandlung einem Volksvertreter das Mandat.«

Erschienen am 14.09.2012 in der Nowaja Gaseta (Moskau)

Der Vorsitzende des juristischen Dienstes des Zentralkomitees der KPRF [der KPRF-Abgeordneten Solowjow] machte darauf aufmerksam, dass die einzige Befugnis, die der Staatsanwaltschaft in Bezug auf die Parlamentarier habe, die Eingabe einer Frage ins Unterhaus zur Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten aufgrund von ihm verübter Straftaten sei. Was die Bitte um Aufhebung des Mandats eines Abgeordneten angehe, so besitzt der Vorsitzende der Untersuchungskommission kein Recht. »Die Bitte um Aufhebung des Abgeordnetenmandats ist von geltendem Recht nicht geregelt. Deshalb ist diese Aktion nicht anders zu bezeichnen als mit vollkommene Willkür,« erklärte er.

Quelle: <http://www.nowyagazeta.ru/politics/54465.html>

»Parlamentarismus auf unsere Art«

Erschienen am 14.09.2012 in der Nesawisimaja Gaseta (Moskau)

Es ist nicht auszuschließen, dass hinter der Situation die Vorbereitung zur Auflösung des Unterhauses steht. [...] Die Entscheidung des Präsidenten wird dem Elektorat zweifellos gefallen. Das ist eine Handlung im Stile Putins, der so sein Image des Volksbeschützers stärken kann, indem er das Bild um dem hellen Strich des prinzipiellen Bekämpfers der in Korruption verstrickten Duma erweitert. Damit demonstriert das Staatsoberhaupt eine angemessene und gleiche Distanz zu den aktuellen, in ihren eigenen Interessen gefangenen Politikern. [...] Allein die Parole zur Auflösung des »verkauften Parlaments« würde Putins Popularität beispiellos steigern.

Quelle: http://www.ng.ru/politics/2012-09-14/1_parlamentarizm.html

Chronik der Massendemonstrationen

Demonstrationen und Protestaktionen (ab 500 Teilnehmer) im Zusammenhang mit den Duma- und Präsidentschaftswahlen 2011/12

05.12.2011	Im Zentrum Moskaus demonstrieren ca. 5.000 Personen gegen die Ergebnisse der Dumawahlen.
06.12.2011	Am Rande des Moskauer Triumphalplatzes demonstrieren bei einer nicht genehmigten Versammlung ca. 1.500 Oppositionelle. Ihnen stehen ca. 5.000 Anhänger kremltreuer Jugendgruppen gegenüber.
10.12.2011	Protestdemonstration gegen die Ergebnisse der Dumawahlen auf dem Bolotnaja-Platz in Moskau. Die Polizei spricht von 25.000 Teilnehmern, die Veranstalter zählen 100.000–120.000.
10.12.2011	In St. Petersburg demonstrieren zeitgleich etwa 10.000 Menschen.
10.12.2011	In Jekaterinburg demonstrieren zwischen 5.000 und 10.000 Menschen, etwa 6.000 sind es in Nowosibirsk, ca. 4000 in Tomsk und Samara. In Archangelsk, Wolgograd, Tscheljabinsk, Ishewsk, Perm, Barnaul, Krasnodar, Nishni Nowgorod, Tjumen, Kaliningrad, Wladiwostok, Wologda, Ufa und Kasan gehen jeweils zwischen 1.000 und 2.000 Menschen auf die Straße.
24.12.2011	Auf dem Sacharow-Prospekt in Moskau protestieren zwischen 29.000 und 120.000 Menschen.
29.12.2011	Zwischen 300 und 3000 Autos verstopfen in einer Protestaktion die stadteinwärts führende Seite des Moskauer Sadowoje-Rings.
14.01.2012	Ca. 600 Aktivisten der Partei »Jabloko« demonstrieren in Moskau gegen den Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Wladimir Tschurow.
18.02.2012	In St. Petersburg versammeln sich nach offiziellen Angaben bei einer Kundgebung von Unterstützern Wladimir Putins ca. 50.000 Menschen.
25.02.2012	In St. Petersburg nehmen ca. 10.000 Personen an einer Demonstration für ehrliche Wahlen teil, darunter Oppositionsvertreter aus Moskau.
26.02.2012	Zwischen 11.000 und 18.000 Menschen nehmen in Moskau an einer Protestaktion auf dem inneren Sadowoje-Ring teil.
05.03.2012	Am Tag nach den Präsidentschaftswahlen protestieren zwischen 14.000 und 20.000 auf dem Puschkinplatz in Moskau. In St. Petersburg werden nach nicht genehmigten Kundgebungen 300 DemonstrantInnen verhaftet.
24.03.2012	In St. Petersburg nehmen nach offiziellen Angaben 1.000 Personen an einer Demonstration »für ehrliche Wahlen« teil. Die Veranstalter sprechen von 3.000 Teilnehmern.
06.05.2012	Beim »Marsch der Millionen« über die Bolschaja Jakimanka-Straße zum Bolotnaja-Platz im Zentrum Moskaus nehmen nach offiziellen Angaben 8.000 Menschen teil. Die Veranstalter geben bis zu 100.000 Teilnehmer an. Es kommt zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei.
06.05.2012	Bei »Spaziergängen« gegen die Inauguration Putins werden immer wieder Menschen festgenommen.
13.05.2012	In Moskau findet ein unangemeldeter »Kontroll-Spaziergang« statt. Ca. 15.000 Teilnehmer spazieren vom Puschkinplatz zum Protestlager auf dem Tschistoprudny Boulevard. Die Polizei spricht von 2.000 Teilnehmern.
12.06.2012	Am 2. »Marsch der Millionen« nehmen nach Polizeiangaben 18.000 Protestierende teil, nach Angaben der Veranstalter sind es 100.000.
12.06.2012	In St. Petersburg finden zwei Protestveranstaltungen mit ca. 1.500 und 2.500 Teilnehmern statt.
15.09.2012	Am 3. »Marsch der Millionen« über den Moskauer Strastny-Boulevard zum Sacharow-Prospekt nahmen nach offiziellen Angaben 11.000 Menschen teil. Nach Angaben der Organisatoren waren es bis zu 100.000 – die BBC schätzt die Teilnehmerzahl auf 40.000.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Vom 20. August bis zum 20. September 2012

20.08.2012	Die russische Oppositionsbewegung eröffnet die Vorwahlen für den »Koordinationsrat der Russischen Opposition«. Bis zum 15. September können sich Kandidaten entweder auf einen der 30 Plätze der allgemeinen Liste, oder der je fünf Plätze für Linke, Liberale und Nationalisten bewerben. Die Wahlen finden am 20. und 21. Oktober statt und sollen ein legitimes Organisationskomitee für die weiteren Oppositionsaktivitäten formieren.
20.08.2012	Sergei Lawrow, russischer Außenminister, weist die Kritik an der Verurteilung der Aktivistinnen von »Pussy Riot« als unzulässige Einmischung in die Arbeit der russischen Gerichte zurück. In mehreren europäischen Ländern gäbe es ähnliche Strafen bei Rowdytum in Kirchen. Derweil sucht die zentrale Untersuchungsabteilung in Moskau nach zwei weiteren Aktivistinnen, die am »Punk-Gottesdienst« teilgenommen haben.
21.08.2012	Das Zentrum für gesellschaftliche Verfahren »Wirtschaft gegen Korruption«, dessen Co-Vorsitzender, Boris Titow, Beauftragter des Präsidenten für die Rechte russischer und ausländischer Unternehmer ist, gibt auf Anfrage Michail Chodorkowskis eine unabhängige Expertise seines Verfahrens in Auftrag.
22.08.2012	In Moskau findet ein weiteres Treffen zwischen Juri Boiko, dem ukrainischen Energieminister, und Alexei Miller, dem Vorstandsvorsitzenden von Gazprom, statt. Im Zentrum der Gespräche stehen die Lieferbedingungen für russisches Erdgas in die Ukraine und die Zusammenarbeit im Gassektor.
22.08.2012	Das Protokoll zum russischen WTO-Beitritt tritt in Kraft. Russland wird nach 18-jähriger Verhandlung 156. WTO-Mitglied.
22.08.2012	Bei einem Angriff auf einen Polizeiposten im Rayon Zuntinsk (Dagestan) durch Unbekannte werden ein Soldat getötet und drei Polizisten verletzt. Im Rayon Babajurt (Dagestan) wird zudem ein Hauptmann der Polizei von Unbekannten erschossen.
22.08.2012	Bei Überschwemmungen im Rayon Tuapsinsk im Gebiet Krasnodar kommen vier Personen ums Leben.
23.08.2012	Ein Moskauer Bezirksgericht wandelt das Uljanowsker Urteil vom 27. Juni über 240 Stunden gemeinnützige Arbeit gegen Sergei Udaltow, den Oppositionsaktivisten und Anführer der »Linken Front«, in eine Geldstrafe von 35.000 Rubel (ca. 870 Euro) um. Erst zwei Tage zuvor war Udaltow wegen einer nicht genehmigten Protestaktion vor dem Ermittlungskomitee am 9. August zu 30.000 Rubel (ca. 750 Euro) verurteilt worden. Udaltow behauptet, an einem gesetzeskonformen Abgeordnetentreffen teilgenommen zu haben.
23.08.2012	Präsident Wladimir Putin übernimmt den Vorsitz des Organisationskomitees »Pobeda« (Sieg), dass die Vorbereitung und Durchführung von Feierlichkeiten an Tagen militärischer Ehren übernimmt. Erster Stellvertretender Vorsitzender des Komitees, das von Putin im Jahr 2000 gegründet wurde, wird der Stellvertretende Ministerpräsident und Beauftragter für den Militär-Industriellen Komplex, Dmitri Rogosin.
23.08.2012	Die Moskauer Stadtverwaltung weist den Gorki-Park sowie den Park Sokolniki für die Durchführung von Demonstrationen und politischen Versammlungen aus. Die Ausweisung von »Hyde-Parks«, in Anlehnung an den Londoner Versammlungsort, ist dem neuen Versammlungsgesetz zufolge in jedem Föderationssubjekt vorgesehen.
24.08.2012	In Schamchal (Dagestan) werden bei einer Fahrzeugkontrolle durch Sicherheitsbeamte zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet. Diese hatten zuvor das Feuer eröffnet.
25.08.2012	Der russische Mufti-Rat (SMR) bestätigt Mufti Rawil Gainutdin einstimmig als Vorsitzenden des Rates der russischen Muslime. Gainutdin hat das Amt seit 1996 inne.
27.08.2012	Ministerpräsident Dmitri Medwedew verabschiedet das Konzept einer »Russischen Gesellschaftlichen Initiative«. Diese sieht die Einrichtung eines Mechanismus vor, bei dem Vorschläge von Staatsbürgern im Internet vorgestellt werden, die, wenn sie von 100.000 Nutzern unterstützt werden, von einer Arbeitsgruppe bestätigt und dann innerhalb eines Jahres von der russischen Regierung aufgenommen werden müssen. Medwedew stellte die Idee zu diesem Mechanismus im Dezember 2011 vor.
27.08.2012	Das Moskauer Stadtgericht erklärt die Hausdurchsuchungen bei den führenden Oppositionellen Alexei Nawalny, Boris Nemzow und Ilja Jasin für rechtmäßig. Am 11. Juni, einen Tag vor dem 2. »Marsch der Millionen«, durchsuchten Polizeibeamte die Wohnungen mehrerer Oppositioneller und konfiszierten Computer, Bargeld und Unterlagen.
28.08.2012	Ein Bezirksgericht in Smolensk reduziert die Haftstrafe von Taisija Osipowa, Aktivistin der Bewegung »Anderes Russland«, die wegen angeblichen Rauschgifthandels belangt worden war, von zehn auf acht Jahre. Der staatliche Ankläger hatte zuvor um eine Haftreduzierung auf vier Jahre gebeten.

28.08.2012	Durch eine mehrstündige Blockade der russischen Ölbohrinsel »Priraslomnaja« in der Petschorasee protestieren Greenpeace-Aktivisten, darunter der Geschäftsführer von Greenpeace International, Kumi Naidoo, gegen die Ölförderung in der Arktis. Eine erste Blockadeaktion fand am 24. August statt.
28.08.2012	In Tschirkei, Rayon Buinaksk (Dagestan), wird Scheich Said Afandi, einer der geistigen Führer der Muslime Dagestans und Vertreter eines gemäßigten Islams, sowie sechs weitere Gemeindemitglieder von einer Selbstmordattentäterin getötet. Said Afandi setzte sich in den vergangenen Jahren für eine Versöhnung der unterschiedlichen muslimischen Strömungen im Kaukasus ein. Zur Beerdigungsfeier kommen mehr als 100.000 Anhänger des Gelehrten.
28.08.2012	Im Rayon Derbent (Dagestan) erschießt ein Soldat sieben Kameraden.
28.08.2012	Sicherheitskräfte töten bei einer Spezialoperation in Malgobek (Inguschetien) drei Untergrundkämpfer. Zwei weitere Kämpfer werden festgenommen. Die Gruppe soll einen Anschlag geplant haben.
29.08.2012	Magomed salam Magomedow, das Oberhaupt der Republik Dagestan, weist einen Tag nach dem Attentat auf Scheich Said Afandi die Vorsitzenden von Städten und Rayons in Dagestan an, in ihren Bezirken Selbstverteidigungstruppen einzurichten, die unter Leitung und gemeinsam mit den Innenbehörden für Sicherheit sorgen und im Kampf gegen die Untergrundkämpfer helfen sollen.
29.08.2012	Sergei Naryschkin, Sprecher der russischen Staatsduma, gibt bekannt, dass beim Vorsitzenden der Staatsduma ein Rat zur Zusammenarbeit mit den Massenmedien eingerichtet wird.
01.09.2012	Beim Absturz eines Motorflugzeugs im Gebiet Archangelsk kommen vier Personen ums Leben.
02.09.2012	Auf der Insel Russki bei Wladiwostok beginnt der 20. Gipfel der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) unter dem Vorsitz Russlands. Zentrale Themen des russischen APEC-Vorsitzes sind Handels- und Investitionsliberalisierungen, eine regionale wirtschaftliche Integration, Ernährungssicherheit, die Einrichtung verlässlicher Transport- und Logistikketten sowie eine intensivere Zusammenarbeit für innovatives Wachstum. Vom 8. bis 9. September nehmen die Staats- und Regierungschefs am Gipfel teil.
02.09.2012	Gennadi Gudkow, Abgeordneter der Partei »Gerechtes Russland«, bittet in einem Brief an 50 Abgeordnete von »Einiges Russland«, gegen den Antrag auf Entzug seines Abgeordnetenmandates zu stimmen. Gudkow, der einer der Führer der Oppositionsbewegung in Moskau ist, wird vorgeworfen, er habe parallel zum Abgeordnetenmandat unternehmerische Tätigkeiten betrieben, was verboten sei. Der Oppositionelle Eduard Limonow bezichtigt Gudkow daraufhin des Opportunismus.
02.09.2012	Theresa May, die Innenministerin Großbritanniens, leitet der britischen Botschaft in Moskau eine »schwarze Liste« mit 60 Personen zu, denen im Zusammenhang mit dem Tod von Sergei Magnitski die Einreise nach Großbritannien verweigert werden soll. Der russische Botschafter verlangt daraufhin vom britischen Außenministerium eine Erklärung.
02.09.2012	Bei einer Fahrzeugkontrolle im Rayon Kisiljurt (Dagestan) kommt es zu einem Schusswechsel. Zwei Untergrundkämpfer werden von Polizisten getötet.
03.09.2012	Präsident Wladimir Putin ernennt Dmitri Aristow zum Stellvertretenden Justizminister.
04.09.2012	Ein Bezirksgericht im Gebiet Iwanowo lehnt den Antrag Alexei Koslows, Unternehmer und Ehemann der Aktivistin Olga Romanowa, ab, ihn nach Ableistung eines Teils seiner Haftstrafe auf Bewährung zu entlassen. Koslow wurde wegen Aktienbetrugs verurteilt.
04.09.2012	Präsident Putin bestätigt die Zusammensetzung des Aufsichtsrats des staatlichen Atomkonzerns »Rosatom«. Neuer Aufsichtsratsvorsitzender wird der Stellvertretende Ministerpräsident und Beauftragter für den Militär-Industriellen Komplex, Dmitri Rogosin.
04.09.2012	Die Europäische Kommission startet eine Anti-Monopol-Untersuchung gegen Gazprom wegen des Verdachts, Gazprom hätte seine dominierende Position in den zentral- und osteuropäischen Märkten missbraucht.
05.09.2012	Aus Protest gegen die Ölförderung in der Arktis blockieren zehn Greenpeace-Aktivisten die Einfahrt zur Gazprom-Zentrale in Moskau. Alle Aktivisten, darunter vier Ausländer, werden kurzzeitig festgenommen.
05.09.2012	Bei einem Angriff auf eine Polizeikolonnie durch mutmaßliche Untergrundkämpfer werden im Rayon Sunshensk (Inguschetien) sechs Polizisten getötet und ein weiterer verletzt.

06.09.2012	Alexander Berdizki, Sonderbeauftragter des Präsidenten für Klimafragen, erklärt, dass Russland seine ablehnende Haltung zur Beteiligung an der zweiten Phase des Kyoto-Protokolls, die zum 1. Januar 2013 beginnt, nicht überdenken wird, da dessen behauptete Vorteile illusorisch seien. Der Effekt der ersten Phase des Protokolls sei zu gering gewesen, um auf den globalen Temperaturanstieg einzuwirken, und zudem nähmen nur ein Drittel der treibhausemittierenden Staaten am Vertrag teil. Die Entscheidung sei vom Präsidenten getroffen worden.
06.09.2012	Bei Tschita im Gebiet Sabajkal stürzt ein Kampfflugzeug vom Typ MiG-29 ab. Der Pilot kommt ums Leben. Bis zur Klärung der Unglücksursache werden Flüge dieses Flugzeugtyps untersagt.
07.09.2012	Ein Moskauer Bezirksgericht entscheidet, einen freien Journalisten, der wegen des Umkippens von Dixi-Toiletten während des 2. »Marschs der Millionen« vor Gericht steht, bis zum 5. November in Untersuchungshaft zu halten. Bisher laufen 17 Verfahren zu den Ausschreitungen am 6. Mai.
08.09.2012	Der russische Patriarch Kyrill hält einen Gedenkgottesdienst auf einem Feld bei Borodino, auf dem vor 200 Jahren im »Vaterländischen Krieg« 1812 eine Schlacht zwischen französischen und russischen Truppen stattfand. Kyrill gedenkt Russlands und seiner Verteidiger und ruft dazu auf, jenen Idealen treu zu bleiben, für die, wenn notwendig, das Leben geopfert werden kann. Die Smolensker Ikone der Gottesmutter, vor der die Soldaten 1812 gebetet hatten, wurde speziell für den Gottesdienst herbeigeschafft.
08.09.2012	Im Rayon Botlich (Dagestan) stürzt ein Kampfhubschrauber vom Typ Mi-35 auf Grund schlechter Wetterbedingungen ab. Alle vier Insassen kommen ums Leben.
09.09.2012	Die russischen Sportler erzielen bei den Paralympischen Spielen 2012 in London mit 102 Medaillen das zweitbeste Ergebnis hinter China.
09.09.2012	Die Staats- und Regierungschefs der APEC-Teilnehmerstaaten verabschieden auf der Insel Russki eine Abschlusserklärung, in der sie ihre Überzeugung im Kampf gegen Korruption, die Reduzierung von Ungleichgewichten durch Stärkung staatlicher Finanzsysteme sowie die Vermeidung starker Preisschwankungen zum Ausdruck bringen.
09.09.2012	Zwischen Russland und den USA tritt ein erleichtertes Visa-Abkommen in Kraft. Ab sofort können Wirtschafts- und Touristenvisa mit einer Gültigkeit von bis zu drei Jahren (zuvor maximal zwei Jahre) beantragt werden, eine Ausreise ist nur noch alle 6 Monate nötig.
09.09.2012	Jewgenija Tschirikowa, Vorsitzende der Bewegung zum Schutz des Waldes von Chimki, wird offiziell als Kandidatin zu den Bürgermeisterwahlen in Chimki am 14. Oktober registriert.
10.09.2012	Das Moskauer Stadtgericht lehnt eine Klage der Anwälte von Ksenija Sobtschak ab, die eine Rückgabe des konfiszierten Vermögens ihrer Mandantin gefordert hatten. Am 11. Juni wurde die Wohnung der TV-Moderatorin und Oppositionsaktivistin durchsucht und dabei mehr als eine Million Euro, 480.000 US-Dollar sowie ca. 480.000 Rubel (ca. 12.000 Euro) beschlagnahmt.
10.09.2012	Die Dumakommission zur Kontrolle der Rechtmäßigkeit von Angaben über Einkommen und Ausgaben der Dumaabgeordneten bestätigt, dass Gennadi Gudkow, Abgeordneter der Partei »Gerechtes Russland«, Unternehmenstätigkeiten nachgegangen ist. Dies ermöglicht den Entzug des Abgeordnetenmandats von Gudkow, der in den vergangenen Monaten durch seine aktive Teilnahme an Oppositionsveranstaltungen in Erscheinung getreten ist.
11.09.2012	Die Partei »Gerechtes Russland«, unterstützt von einigen Dumaabgeordneten der Kommunistischen Partei, reicht beim russischen Verfassungsgericht eine Klage ein, in der sie das Verfahren zum Entzug des Abgeordnetenmandats von Gennadi Gudkow anfecht.
11.09.2012	Ministerpräsident Dmitri Medwedew empfängt seinen moldauischen Amtskollegen Vlad Filat in Moskau. Im Zentrum der Gespräche steht die wirtschaftliche Zusammenarbeit. In der Behandlung des Konflikts in Transnistrien werden keine Fortschritte erzielt.
11.09.2012	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, wonach die vom Präsidenten bestimmten strategischen Unternehmen erst nach Rücksprache mit einer von der Regierung beauftragten Behörde befugt sind, ausländischen Staaten oder Organisationen Informationen über ihre Tätigkeit auszuhändigen, Änderungen in Verträgen mit ausländischen Wettbewerbern oder an der Unternehmenspolitik im Ausland vorzunehmen, sowie Entscheidungen zu Beteiligungen an ausländischen Organisationen oder Genehmigungen zu Unternehmenstätigkeiten im Ausland zu treffen.
11.09.2012	In Jegorewsk, im Gebiet Moskau, kommen bei einem Brand in einer Näherei 14 Vietnamesen ums Leben. Ein Arbeiter kann sich retten.

12.09.2012	Auf die Bitte Moldaus, einen um 30 % reduzierten Gaspreis zu erhalten, fordert Russland von Moldau die Aufkündigung der Energiezusammenarbeit mit der Europäischen Union.
12.09.2012	Beim Absturz eines Transport-Passagierflugzeugs vom Typ An-28 in Kamtschatka kommen zehn Passagiere ums Leben, vier weitere Insassen überleben das Unglück teils schwer verletzt. Die russische Kommission zur Transportaufsicht untersagt bis auf weiteres den Einsatz von An-28 Flugzeugen in Kamtschatka.
12.09.2012	Ministerpräsident Dmitri Medwedew trifft in Pensa mit Aktivisten der Partei »Einiges Russland« zusammen. Er erklärt, dass eine Bewährungsstrafe für die Aktivistinnen von Pussy Riot angemessen gewesen wäre, die verhängte Gefängnisstrafe dagegen unproduktiv. Weiterhin spricht er sich gegen das geplante Verbot von Auslandseigentum bei Staatsbeamten aus.
12.09.2012	Ljudmila Aleksejewa, Vorsitzende der Moskauer Helsinki-Gruppe, erklärt ihren endgültigen Rückzug aus dem »Rat zur Förderung von Zivilgesellschaft und Menschenrechten beim russischen Präsidenten«. Sie protestiert damit gegen die Nichtzulassung mehrerer Menschenrechtler an der Internetabstimmung über die 13 freigewordenen Plätze im Rat.
14.09.2012	Die Punk-Gruppe »Pussy Riot« wird für den Sacharow-Preis des Europaparlaments nominiert.
14.09.2012	Die russische Staatsduma entzieht Gennadi Gudkow mit 291 gegen 150 Stimmen das Abgeordnetenmandat. Gudkow wird vorgeworfen, neben seinen Abgeordnetentätigkeiten wirtschaftlich aktiv gewesen zu sein. Bisher fehlt ein richterliches Urteil, die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft dauern weiter an.
15.09.2012	In mehreren Städten Russland findet der dritte oppositionelle »Marsch der Millionen« statt. Unter dem Motte »für Neuwahlen – gegen Repressionen« nehmen in Moskau ca. 30.000 Teilnehmer (14.000, Polizeiangaben – 150.000, Angaben der Organisatoren) an einer Demonstration und Kundgebung teil. Es überwiegen linke Bewegungen. Führende liberale Oppositionelle nehmen aus Protest gegen die überwiegend linken Forderungen der vorher bekannten Abschlusserklärung nicht an der Demonstration teil. Sergei Udaltzow, Vorsitzender der »Linken Front«, wird mit einigen Anhängern wenige Minuten vor Ablauf der genehmigten Veranstaltungszeit kurzzeitig festgenommen. In St. Petersburg nehmen zwischen 800 (Polizeiangaben) und 4.000 Menschen an einer Demonstration teil.
15.09.2012	Präsident Wladimir Putin empfängt in Sotschi seinen belarussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko. Das Gespräch bestimmt neben der russisch-belarussischen Zusammenarbeit die Integration im Rahmen der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums.
15.09.2012	Bei einem Spezialeinsatz der Sicherheitskräfte in Chutrach, Rayon Zuntinsk (Dagestan), werden fünf Untergrundkämpfer getötet. Auf staatlicher Seite wird ein Polizist getötet, vier weitere verletzt.
16.09.2012	Auf der Seite des »Rates zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte beim russischen Präsidenten« werden die Ergebnisse der Internetabstimmung zur Neubesetzung der freigewordenen Plätze im Rat veröffentlicht. 89 Personen kandidierten in 13 Kategorien. Die Abstimmung hat jedoch nur empfehlenden Charakter. Die endgültige Entscheidung fällt Präsident Putin. Lilia Schibanowa, Direktorin der Wählervereinigung »Golos« kritisiert, dass staatsnahe Kandidaten auf Grund administrativer Möglichkeiten mehr Stimmen erhielten. (Allein in den letzten 24 Stunden stieg die Zahl der Stimmen um ca. 30 % auf ca. 420.000 an.)
17.09.2012	In Anwesenheit Präsident Wladimir Putins beginnt die Militärübung »Kawkas-2012« auf einem Truppenübungsplatz im Bezirk Krasnodar. Putin lobt das Niveau der Übungen. Diese finden bis zum 23. September auf vier Übungsplätzen im Südlichen Föderalbezirk und dem Föderalbezirk Nordkaukasus statt. Georgien äußerte seine Besorgnis über die Militärübung unweit seines Staatsgebietes. Russische Truppen der Stützpunkte in Armenien sowie in den von Russland als unabhängige Staaten anerkannten georgischen Regionen Abchasien und Südossetien nehmen jedoch nicht an den Übungen teil.
17.09.2012	Präsident Putin entlässt per Erlass die Direktorin des Föderalen Dienstes für Verteidigungsaufträge, Ljudmila Worobjowa, die die Behörde seit Dezember 2011 leitete.
18.09.2012	Das russische Finanzministerium veröffentlicht einen Gesetzentwurf über den Föderalhaushalt für 2013 und in Perspektive für 2014–15. Diesem zufolge steigen die Ausgaben in Sozialpolitik sowie Verteidigung und Sicherheit. Gekürzt wird dagegen in Wirtschaft, Bildung, Gesundheit und Kultur. Die Haushaltsausgaben belaufen sich 2013 auf 13,387 Billion Rubel (ca. 330 Mrd. Euro), 2014 auf 14,207 Billion Rubel (ca. 350 Mrd. Euro) und 2015 auf 15,706 Billion Rubel (ca. 387 Mrd. Euro).
18.09.2012	Sicherheitskräfte töten in Dagestan zwei Untergrundkämpfer, die angeblich Geldwäsche für die Untergrundbewegung betrieben hatten.

18.09.2012	Bei einer Spezialoperation von Sicherheitskräften in der Siedlung Ordshonikidsewskaja (Inguschetien) werden fünf Untergrundkämpfer getötet.
18.09.2012	Die Sprecherin des US State Departments gibt bekannt, dass die Tätigkeit der US-Agentur für Internationale Entwicklung (USAID) in Russland, nach Aufforderung Russlands, zum 1. Oktober eingestellt wird. Außenminister Sergei Lawrow hatte diese Entscheidung seiner amerikanischen Amtskollegin Hillary Clinton zuletzt am 8. September auf dem APEC-Gipfel mitgeteilt. Alexander Lukaschewitsch, offizieller Sprecher des Außenministeriums, teilt hierzu mit, dass das USAID durch die Verteilung von Geldern auf die politischen Prozesse Einfluss nehmen wolle, darunter auf Wahlen und die Zivilgesellschaft. USAID fördert seit 1992 in Russland humanitäre Projekte sowie Projekte zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten – darunter die Moskauer Helsinki-Gruppe, die Wählervereinigung »Golos« sowie die Gesellschaft »Memorial«.
19.09.2012	Präsident Wladimir Putin kritisiert auf einer Sitzung in Sotschi, zu der alle Stellvertretenden Ministerpräsidenten und die meisten Minister der Regierung Medwedew geladen sind, den Haushaltsentwurf für 2013 und die Perspektive für die Jahre 2014–15. Er erteilt den Ministern für Bildung und Wissenschaft, Regionale Entwicklung und dem Arbeitsminister Disziplinarstrafen in Form einer Aussprache. Er beschuldigt diese, seine ersten Erlasse im Mai nicht umgesetzt zu haben. Diese sahen unter anderem eine anderthalbfache Erhöhung der Realeinkommen bis 2018, eine Rentenreform und Ausgaben zur Entwicklung des Fernen Ostens bei stabilem Haushalt sowie das Verbot von Steuererhöhungen vor – rein ökonomisch nicht umsetzbar.
20.09.2012	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte in Naltschik, der Hauptstadt der Republik Kabardino-Balkarien, werden sieben mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
20.09.2012	Präsident Wladimir Putin trifft bei einem Staatsbesuch in Kirgistan zu Gesprächen mit seinem Amtskollegen Almasbek Atambajew zusammen. Beide Seiten vereinbaren die Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Militärstützpunktes ab 2015 für 15 Jahre mit einer Verlängerungsmöglichkeit um fünf Jahre sowie den Status und Verbleib der russischen Truppen bis dahin. Der amerikanische Militärstützpunkt bei Manas soll 2014 geschlossen und in einen zivilen Flughafen umgewandelt werden. Weitere Vereinbarungen betreffen den Bau zweier Wasserkraftwerke sowie die Rückzahlung kirgisischer Schulden.

Die Chronik für die Sommermonate 2012 finden Sie im Rahmen der gesamten Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik«.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de